

»MAN WIRD JA WOHL ISRAEL NOCH KRITISIEREN DÜRFEN ... ?!«

Über legitime Kritik,
israelbezogenen Antisemitismus und
pädagogische Interventionen

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR



Inhalt

Hintergrund/Analyse/Begrifflichkeiten

Israelbezogener Antisemitismus – ein überladenes Problem 3
Anetta Kahane

Was ist israelbezogener Antisemitismus? 7
Jan Riebe

Vom Wort zur Tat 12
Über das Gewaltpotential von israelbezogenem Antisemitismus.
Jan Riebe

Pädagogische Fragestellungen

Bildungsarbeit gegen israelbezogenen Antisemitismus 19
Hanne Thoma/Jan Riebe

Aussteigen aus antisemitischen Differenzkonstruktionen 26
Heike Radvan

Monitoring/Medienanalyse

Fallbeispiel: Die Debatte um Israel und »Pinkwashing« in der LSBTI-Szene 29
Nina Rabuza

Fallbeispiel: Die Gaza-Flotille 2010 in den deutschen Medien 34
Daniel Poensgen

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung

Redaktion: Jan Riebe

Redaktionelle Mitarbeit: Laura Bensow, Andreas Hässler, Anetta Kahane, Heike Radvan, Nina Rabuza, Hagen Troschke

Gestaltung:  Design, Berlin

© Titel: [flickr.com/photos/redhope/4363860730](https://www.flickr.com/photos/redhope/4363860730) (links)

Alle Rechte bleiben bei den Autoren und Fotografen.

© Amadeu Antonio Stiftung

Diese Broschüre ist Teil des Modellprojekts »»Thematisierung israelbezogenen Antisemitismus und den damit verbundenen Gefahren für demokratische Kultur« – Aktionswochen gegen Antisemitismus« der Amadeu Antonio Stiftung. Das Projekt wird gefördert im Rahmen des Programms »Initiative Demokratie Stärken« des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Hintergrund/Analyse/Begrifflichkeiten

Israelbezogener Antisemitismus – ein überladenes Problem

von Anetta Kahane

Wenige Themen der öffentlichen Debatte sind so schwierig und derart überladen wie der israelbezogene Antisemitismus. Das hat verschiedene Ursachen und drückt sich unterschiedlich aus. Fakt aber ist: es gibt ihn, den Israelhass, der antisemitisch daherkommt und auch so gemeint ist. Sogar wenn er nicht so gemeint ist, taucht er auf, mal direkt, mal indirekt, doch stets bewacht von vielen Emotionen. Gegen die Emotionen ist eigentlich nichts auszusetzen, die Frage ist nur, wen oder was sie beschützen. Die Antwort: in der Regel ist es mit den heftigen Gefühlen in dieser Debatte wie mit einer Falle, die sich umso fester schließt, je mehr man sich zu befreien versucht. Je leidenschaftlicher eine Diskussion über Israel jeden Antisemitismus darin bestreitet, desto präsenter ist er.

Wann genau ein Diskurs über Israel antisemitische Züge annimmt, soll hier dargelegt werden, doch mindestens ebenso wichtig erscheint die Frage, warum Israel überhaupt so allgegenwärtig die öffentlichen Debatten bewegt. Erst wenn es darüber Klarheit gibt, finden inhaltliche oder auch polemische Beiträge ihren angemessenen Platz.

Wie kein anderes Land auf der Welt steht Israel unter ständiger, missbilligender Beobachtung. In Europa und besonders in Deutschland verfolgt die Öffentlichkeit nahezu obsessiv, was in diesem kleinen Land geschieht. Dabei steht der Konflikt mit den Palästinensern stets im Mittelpunkt aller Betrachtung. Bezugspunkt jeder Bewertung Israels ist das »himmelschreiende Unrecht« gegenüber den Palästinensern, das alle anderen Konflikte der Welt als Nebenschauplätze erscheinen lässt. Weshalb ist das so? Woran erregt sich die deutsche Gemütslage so grundsätzlich und vehement? Weshalb gerade hier und nicht an anderen großen oder kleineren Konflikten, die meist härter, ungerechter, blutiger und fundamentaler geführt werden als die Auseinandersetzungen in Israel und den Palästinensergebieten?

Die Quellen des Hasses existieren noch immer

Das hat mit der Geschichte zu tun, heißt es. Und das stimmt auch. Der Massenmord an den europäischen Juden, geplant und exekutiert von Deutschen, mit mehr oder weniger engagiertem Zutun aus anderen europäischen Ländern hat für unabsehbare Zeit eine Verbindung zu Israel und den Juden hervorgebracht, wie es sie zu anderen nicht gibt. Diese Verbindung aber muss man sich genau anschauen, denn sie ist geprägt von Schuld und Schuldabwehr, von Projektionen und vom ganz banalen Antisemitismus, der sich durch den Holocaust nicht einfach in Luft aufgelöst hat. Doch gerade angesichts des Menschheitsverbrechens kann er nicht mehr länger in seiner plumpen Form daherkommen. Denn wenn er es tut, wie bei Nazis und Neonazis, ist das Geschrei groß. Zu Recht. Nicht alle



Israelfeindschaft hat sehr unterschiedliche Ausdrucksformen ©flickr.26806952@ (rechts)

aber, die da schreien, sind selbst frei davon. Zu groß ist die Scham darüber, warum man eigentlich die Juden hasst. Und dass die Quellen des Hasses noch immer existieren. Es ist eine Mischung aus Neid und Verachtung, eine Furcht vor dem Kosmopolitischen, dem Abstrakten, dem Kapitalistischen, dem Revolutionären, dem Verschwörerischen und dem Intellektuellen. Das alles steckt in der antisemitischen Projektion, die freilich nichts mit dem realen Judentum zu tun hat. Es sind Urängste, tief sitzender Neid, bitterste Verachtung, niedrigste Bauchgefühle. Die Projektionen auf die Juden sind so komplex, dass sie eigentlich tun können, was sie wollen – es wird immer irgendein Ressentiment bestätigt. Nach dem Holocaust lässt sich das aber nur schwer zugeben, doch Gott sei Dank gibt es ja jetzt Israel. Das lässt sich gut mit als Kritik verkleidetem Ressentiment überschütten. Und in der täglichen Politik gibt es dafür auch immer wieder Anlass genug.

Rassismus als Kampfbegriff

Ein grundsätzliches Missverständnis taucht immer wieder auf, wenn es um Israel geht. Dem Staat wird vorgeworfen, in seinem Kern rassistisch zu sein. Das ist umso bemerkenswerter, als dass diejenigen Länder, aus denen der Vorwurf kommt, hier ganz explizit Deutschland, den Rassismus im eigenen Lande verleugnen. Jeder Versuch, Rassismus explizit und konkret anzusprechen, ist wie ein vergebliches Rufen im Walde. Es bleibt im besten Fall ungehört und im schlechtesten wird der Rufer bestraft. Israel jedoch wird selbst von Spitzenpolitikern als jüdischer Apartheidstaat bezeichnet. So oft Rassismus in Bezug auf Israel als Kampfbegriff eingesetzt wird, so wenig gilt er im eigenen Lande.

Das Judentum, Ziel des Antisemitismus, zeichnet sich durch einige Besonderheiten aus. Jude zu sein, bedeutet sowohl eine im modernen Sinne ethnische Zugehörigkeit, als auch

eine Religion. Man kann also Jude sein durch Geburt von einer jüdischen Mutter oder durch Religiosität. In vielen Fällen ist beides gleichzeitig der Fall. Dennoch gibt es Juden, die nicht vom Stammesverständnis her, sondern durch Beitritt – also Konversion zu Juden werden. Da im Judentum nicht missioniert wird, sind solche Übertritte vergleichsweise selten, doch es gibt sie. Wer sich entschließt, Jude zu werden, kann es auch, doch er muss sich auf einen mühsamen Weg machen. Anders als bei Christen oder Muslimen reicht kein Glaubensbekenntnis. Viele Israelis sind daher zwar Juden von Geburt, aber nicht religiös. Und umgekehrt sind nicht alle Religiösen von Geburt an Juden. Das Judentum ist also eine Mischung aus unterschiedlichen Formen des Bezugs. Was jedoch alle verbindet, ist die Geschichtsidentität. Ob säkular oder religiös, ob aus Israel oder sonst wo auf der Welt, alle Juden kennen ihre Geschichte seit über 5000 Jahren, die an einem Ort spielt, der Israel heißt. Israel – ein Begriff, der das Volk des alten Israel genauso bezeichnet wie einen geographischen Punkt auf der Landkarte.

Israel, kein Staat wie jeder andere

Nach der Metzerei an den europäischen Juden wurde der Wunsch nach einem eigenen Staat, in dem man als Jude in der Mehrheit ist, immer nachdrücklicher. Dass ausgerechnet jene Ecke der Welt dafür ausgesucht wurde, die den Bezug zur eigenen Identität verkörpert, hatte also seine Logik. In diesem Staat aber sollen die Juden die Mehrheitsgesellschaft bilden. Also müssen säkulare und religiöse Perspektiven im Aufbau des Staates berücksichtigt werden. Und das ist schwer in der modernen Welt. Ein Privilegieren der Juden als Mehrheit in einem jüdischen Staat bedeutet, Nicht-Juden dieses Privileg vorzuenthalten. Das wiederum ist in einer Demokratie nicht möglich. Also sind die Gesetze innerhalb Israels an der Stelle kompliziert, statt einfach. Einfach wäre es zu sagen: alle sind gleichberechtigt. Doch das würde bedeuten, keinen jüdischen Staat zu haben, sondern einen Staat wie jeden anderen.

Davor jedoch fürchten sich die Juden, denn ihre Lage in der Region ist sehr schwierig. Der Hass der umliegenden Staaten bedroht ihre Existenz. Und zwar weil Israel nicht nur ein jüdischer, sondern eben auch ein säkularer, moderner, demokratischer Staat ist, dessen Gesellschaft äußerst heterogen und multikulturell ist. Israel ist westlich orientiert, hat eine intensive Debattenkultur, über alles wird gestritten; es ist eine Insel vital gelebter Demokratie inmitten einer Region, in der um wichtige Parameter der Menschenrechte wie Pressefreiheit, Religionsfreiheit, freie Wahlen und vieles mehr noch gekämpft werden muss. Der Hass auf Israel ist ein Ventil für die Wut und Resignation über das Stagnieren der Region auf einem niedrigen ökonomischen Niveau. Viele Länder im Mittleren Osten haben noch einen schwierigen und langen Weg von Despotie zu Demokratie zu gehen. Doch statt sie dabei zu unterstützen und für die Menschenrechte einzutreten, ist es für viele Europäer leichter, Israel zu dämonisieren und die Juden dabei zu meinen.

Gewiss ist die Mehrheit-Minderheit-Konstruktion in Israel für Europäer schwer zu verstehen, und die Folgen auch schwer gutzuheißen, doch der einfache Rückzug auf ein Ressentiment belegt nur den Mangel an Bereitschaft, sich in die israelische Lage hineinzu-denken. Dass es darüber hinaus auch jegliche Art von Kritik an der jeweiligen politischen Ausrichtung der Regierung geben kann, versteht sich von selbst. Meist sind aber das

Ressentiment und der Mangel an Bereitschaft zu Empathie die Quellen der Kritik und nicht die ohnehin komplizierte Sachlage. Israelfeindschaft oder – wie wir es nennen – israelbezogener Antisemitismus hat den klassischen Antisemitismus als Gesellschaftstheorie längst abgelöst.

Antisemitismus jenseits der extremen Rechten

Dieser Antisemitismus kommt nicht mehr nur bei Rechtsextremen vor, im Gegenteil. Gerade Menschen, die den Kapitalismus ablehnen und den Imperialismus bekämpfen, benutzen Israel als ihre Projektionsfläche. Israel und die Juden sind für sie fast gleichbedeutend mit Kapitalismus und Imperialismus. Auch das ist ein altes antisemitisches Ressentiment, Juden mit Geld und Verschwörung zu verbinden, sie als heimliche Herrscher der Welt zu fantasieren. Oder als gnadenlose Rächer gegenüber den »unterdrückten Völkern« der Region. Viele antikapitalistische Gruppen und Verbände haben eine irrationale Haltung zu Israel und den Juden. In ihrer Ideologie zeigen sich die alten Klischees, die Gerüchte über die Juden. Und sie behaupten, man dürfe Israel nicht kritisieren, um so jeder Auseinandersetzung von vorn herein aus dem Weg zu gehen oder jeden Widerspruch zu delegitimieren. Und schon entstehen wieder heftige Emotionen, die keinerlei Vernunft mehr zugänglich sind.

Israel entstand in einer Zeit des weltweiten Umbruchs. Nach den beiden Weltkriegen sind viele Staaten neu entstanden und andere verschwanden. Grenzen wurden neu gezogen, gerade in Europa, Bevölkerungen wurden ausgetauscht. Polen, Ukrainer, Ungarn, Rumänen, Tschechen, Deutsche – überall in Mittel- und Osteuropa gerieten die Grenzen, Staaten und ihre Bewohner in Bewegung. Die meisten Juden, die dort lebten waren umgebracht worden, die überlebten, suchten nach einem neuen Weg. Und viele führte dieser Weg in ein neues, eigenes Land, in dem weder Invasoren noch Nachbarn sie einfach töten konnten. Alle diese neuen Grenzen sind inzwischen Normalität. Niemand will mehr ernsthaft, dass die Vertriebenen nach Polen, Russland oder sonst wohin zurückkehren. Ebenso wenig wollen das alle anderen. Denn in dem Fall müssten die meisten Europäer noch einmal komplett umziehen. Mitsamt aller ihrer Nachfahren. Niemand will sich die Konflikte, Probleme und Kämpfe, die daraus heute entstehen würden, wirklich vorstellen.

Warum also soll Israel das einzige Land sein, dem nicht zugebilligt wird, als Produkt der europäischen und speziell der deutschen Geschichte anerkannt zu werden? Weshalb gerade Israel? Wozu die Obsession? Um israelbezogenen Antisemitismus aufzulösen, muss man zuerst verstehen. Dazu wollen wir mit diesem Heft beitragen.

Anetta Kahane ist Vorsitzende der Amadeu Antonio.Stiftung

Was ist israelbezogener Antisemitismus?

von Jan Riebe

Die Frage, ab wann Kritik an Israel antisemitisch ist, beschäftigt und verunsichert viele. Im Folgenden wird erläutert, wie zwischen Kritik und Antisemitismus bei der Betrachtung Israels unterschieden werden kann.

Antisemitismus ohne Antisemiten

Vor dem Holocaust gab es nicht wenige Menschen und Vereine, die sich offen zum Antisemitismus bekannten. Es existierten Gruppierungen wie die »*Deutsche Antisemitische Vereinigung*«, in der sich Antisemitinnen und Antisemiten organisierten. Die fabrikmäßige Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden während des Nationalsozialismus und die dadurch geprägte Erinnerungskultur machen dies heute hierzulande nahezu unmöglich. Ein offenes Bekenntnis zum Antisemitismus zieht die öffentliche Ächtung nach sich. Während die bekennenden Antisemitinnen und Antisemiten aus dem öffentlichen Bild weitestgehend verschwunden sind, ist der Antisemitismus geblieben. In der Wissenschaft spricht man daher von einem »Antisemitismus ohne Antisemiten«. Antisemitische Äußerungen werden meist nicht mehr offen, sondern über Umwege geäußert, häufig als vermeintlich legitime Kritik am Kapitalismus oder an Israel. Diese Form wird als »antisemitische Umwegkommunikation« bezeichnet.

Antisemitische Israelkritik?

In Debatten um Kritik an Israel wird immer wieder von »antisemitischer Israelkritik« geredet. Dieser Begriff ist irreführend. Das Wort Kritik leitet sich vom griechischen Wort *krínein* ab. Es meint (unter-) scheiden, beurteilen. Im Antisemitismus wird jedoch nicht unterschieden oder beurteilt. Das Urteil steht stets schon vor Prüfung der Sachlage fest: Die Schuldigen sind immer »die Juden« oder eben Israel als imaginiertes »kollektiver Jude«. Entweder ist eine Äußerung kritisch oder antisemitisch – beides geht nicht.

Israel als »kollektiver Jude«?

Im Antisemitismus werden »den Juden« seit jeher gewisse negative Eigenschaften zugeschrieben. Seit der Staatsgründung Israels werden diese häufig auch auf Israel projiziert. Im klassischen Antisemitismus gelten »die Juden« häufig als Weltbrandstifter – verantwortlich für die beiden Weltkriege. Heute wird Israel vorgeworfen, den Weltfrieden zu bedrohen und den 3. Weltkrieg herbeiführen zu wollen.

Auch die antisemitische Ritualmordlegende wird auf Israel übertragen. Israel wird vorgeworfen, die palästinensischen Gebiete u.a. nur deshalb zu besetzen, um gesunde Organe der Palästinenserinnen und Palästinenser für die eigene Bevölkerung zu rauben. Diese moderne Variante der Ritualmordlegende findet sich sowohl im islamisierten Antisemitismus, als auch in bürgerlichen europäischen Tageszeitungen. Wenn antisemitische Ressentiments auf Israel projiziert werden, handelt es sich um Antisemitismus. Oftmals wird entgegnet, dass dies nicht Antisemitismus sein könne, da nur über Israel eine Aussage



Antisemitische Aussagen sind nur manchmal auf den ersten Blick zu erkennen
© flickr.com/photos/ljpereira_net (links), © flickr.com/photos/shallom (rechts)

getroffen werde und nicht über alle Jüdinnen und Juden. Sobald jedoch antisemitische Ressentiments auf Israel projiziert werden, dem Staat Israel »jüdische Eigenschaften« zugeschrieben werden, wird Israel im Weltbild von Antisemitinnen und Antisemiten zum »kollektiven Juden« stilisiert. Ist das der Fall, handelt es sich eindeutig um Antisemitismus. Kritik, auch harsche Kritik, an der israelischen Politik, die sich keiner antisemitischen Ressentiments bedient, ist jedoch kein Antisemitismus.

Unterscheidungsmerkmale Kritik und Antisemitismus

Im Folgenden sollen zwei Definitionen zur Unterscheidung von legitimer Kritik an der Politik Israels und israelbezogenem Antisemitismus vorgestellt werden.

Die bekanntesten Kriterien zur Unterscheidung zwischen Kritik und israelbezogenem Antisemitismus hat Natan Sharansky im 3D-Test entwickelt¹. Israelbezogener Antisemitismus liegt demnach vor, wie der Name schon sagt und gerade erläutert wurde, wenn sich antisemitische Ressentiments auf den Staat Israel beziehen. Im 3D-Test geht es dementsprechend darum, Kriterien zur Erkennung von Judenhass, die aus dem klassischen Antisemitismus bekannt sind, auf den israelbezogenen Antisemitismus anzuwenden².

Das erste D ist der Test auf *Dämonisierung*. Während im klassischen Antisemitismus Jüdinnen und Juden dämonisiert wurden und werden, wie z.B. in der literarischen Darstellung von Shakespeares Shylock, so liegt in Bezug auf Israel laut Sharansky dann Antisemitismus vor, wenn Israel dämonisiert wird. Beispiele dafür sind die häufig anzutreffenden Vergleiche Israels mit dem Nationalsozialismus und der palästinensischen Flüchtlingslager mit Auschwitz.

Das zweite D ist der Test auf *Doppelstandards*. Während es früher wie heute ein deutliches Zeichen von Antisemitismus war und ist, wenn Jüdinnen und Juden anders als andere Menschen behandelt werden, z.B. durch diskriminierende Gesetze, sei in Bezug auf Israel stets die Frage zu stellen »ob die Kritik an Israel selektiv angewendet wird. Mit

1 Im Internet ist der Aufsatz »Antisemitismus in 3-D«, in dem Natan Sharansky den 3D-Test erläutert, abrufbar unter: <http://www.hagalil.com/antisemitismus/europa/sharansky.htm>

2 Alle folgenden Zitate aus Natan Sharansky: »Antisemitismus in 3 D«.

anderen Worten, erzeugt ähnliche Politik anderer Regierungen die gleiche Kritik, oder wird hier ein doppelter Standard eingesetzt?

Das dritte D ist der Test auf *Delegitimierung*. Wenn »die Legitimität der jüdischen Religion, des jüdischen Volkes, oder von beiden« negiert wird, liegt Antisemitismus vor. Übertragen auf Israel bedeutet dies, Antisemitismus liegt dann vor, wenn Israel das Existenzrecht abgesprochen wird.

Neben diesem 3D-Test stellt die »*working definition of antisemitism*« der EUMC (*European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia*) eine der anerkanntesten Definitionen dar. Zu Antisemitismus in Bezug auf Israel heißt es dort:

»Beispiele von Antisemitismus im Zusammenhang mit dem Staat Israel und unter Berücksichtigung des Gesamtkontextes können folgende Verhaltensformen einschließen, ohne auf diese beschränkt zu sein:

- Das Abstreiten des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z.B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.
- Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet und verlangt wird.
- Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z.B. der Vorwurf des Christismordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben.
- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik des Nationalsozialismus.
- Das Bestreben, alle Juden kollektiv für Handlungen des Staates Israel verantwortlich zu machen. Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden.«

Antisemitisches Ressentiment vs. Antisemiten

Es gilt aber zu beachten, dass Personen, die antisemitische Ressentiments äußern, nicht automatisch Antisemitinnen oder Antisemiten sind. Es ist sehr wichtig, dies zu unterscheiden. Antisemiten haben ein gefestigtes antisemitisches Weltbild. Das Äußern antisemitischer Ressentiments kann vielfältige Ursachen haben, bei denen es immer zu intervenieren gilt, jedoch bedeutet dies nicht automatisch, dass man es mit einer oder einem Antisemiten zu tun hat.

Mit den vorangestellten Definitionen kann im Regelfall nur eruiert werden, ob Aussagen antisemitisch sind oder nicht. Antisemitismus ist jedoch eine Welterklärungsideologie. Deshalb sollte man nicht bei der Untersuchung einzelner Aussagen verbleiben, sondern über deren Beurteilung hinaus klären, inwiefern jemand einem antisemitischen Weltbild verhaftet ist. Die vorangestellten Definitionen können dabei gut als Kontrollsystem funktionieren und dafür sensibilisieren, inwieweit antisemitische Ressentiments gegenüber Israel die Ausnahme oder Regel sind.

Antisemitismus als Welterklärungsideologie

Antisemitismus variiert häufig in der Form, bleibt aber vom Inhalt nahezu gleich. Um Antisemitismus zu erkennen, ist es daher oftmals notwendig, sich intensiv mit der Geschichte des Antisemitismus zu befassen.

»Die Juden« sind oder – in modernisierter Form – Israel ist in der antisemitischen Weltklärungsideologie für alles Übel der Welt direkt oder indirekt verantwortlich. Nur eine Welt ohne Jüdinnen und Juden, ohne Israel kann laut diesen Vorstellungen eine bessere werden. Der Vernichtungsgedanke ist im antisemitischen Weltbild, zumindest implizit, immer verankert. Diese Vorstellung, dass »die Juden« oder »der kollektive Jude Israel« verantwortlich sind für (fast) alle Krisen, Katastrophen, (Kontra-) Revolutionen, also für alles Unverständene, Komplizierte, Schlechte, bietet Antisemitinnen und Antisemiten einen einfachen Kompass fürs Alltägliche und das Weltgeschehen. Sie verschafft ihnen eine einfache Erklärung, wie die Welt funktioniert, und ermöglicht eine Unterscheidung in eindeutig Gut und eindeutig Böse.

,Dieser Mechanismus, sich ein Weltbild zu konstruieren, das die Welt in die klaren Kategorien Gut und Böse einteilt, wird in der Wissenschaft als Manichäismus bezeichnet und ist konstitutiver Bestandteil des Antisemitismus.

»Man wird ja wohl nochmal sagen dürfen ...«

In der antisemitischen Welterklärungsideologie spielen Assoziationen eine wichtige Rolle. So gerieren sich Antisemitinnen und Antisemiten oft als Tabubrecher. Für sich allein genommen, ist die Behauptung, ein Tabu zu brechen, erst einmal nicht unbedingt anrühlich. In Bezug auf Israel sollte es jedoch aufhorchen lassen: *»Man wird ja wohl noch mal sagen dürfen«*. Dieser Satz impliziert, dass dies aber nicht gesagt werden darf. Auch hier legt sich aufmerksames Nachhaken nahe. Gibt es das Tabu wirklich, von dem gerade die Rede ist? Und wer setzt angeblich dieses vermeintliche Tabu durch? Häufig landet man da sehr schnell bei der vermeintlichen Auschwitz- bzw. Antisemitismuskeule. Also dem Vorwurf: Jüdinnen und Juden und der Staat Israel instrumentalisieren das Gedenken an den Holocaust gegen unerwünschte Kritik, und um eigene Machtinteressen gegen die Mehrheit durchzusetzen.

Eigentlich sollte ein täglicher Blick in die unterschiedlichsten Tageszeitungen deutlich machen, dass dieses häufig behauptete Tabu, man dürfe die Politik Israels nicht kritisieren, in keiner Weise vorhanden ist. Wohl die Politik keines Staates, vielleicht mit Ausnahme der USA, ist medial und in alltäglichen Gesprächen so in der Kritik, wie die Politik Israels. Aussagen wie »man muss Israel doch auch mal kritisieren dürfen« beinhalten häufig nicht den Wunsch, die Politik Israels zu kritisieren, sondern sie wollen Israels Existenz »kritisieren«. Spätestens da begeben sich die vermeintlich überzeugten Gegnerinnen und Gegner von Antisemitismus in antisemitische Argumentationsmuster. Den »Israelkritikern« in Deutschland geht es auch im Regelfall nicht in erster Linie um den Nahostkonflikt oder den Konflikt um die iranische Atombombe. Ihnen geht es um die deutsche Geschichte, um Schuldentlastung. Hier überschneidet sich sekundärer und israelbezogener Antisemitismus [vgl. Text »Bildungsarbeit gegen israelbezogenen Antisemitismus«, S. 19 in dieser Broschüre].

Täter-Opfer-Umkehr

Dass der israelbezogene Antisemitismus, als Kritik getarnt, eine antisemitische Umwegkommunikation ist, zeigt sich auch daran, dass diese Variante des Antisemitismus unmit-

telbar mit der Staatsgründung Israels einsetzte³, als Formen des klassischen Antisemitismus durch den Holocaust öffentlich sanktioniert wurden. Insbesondere in Deutschland geschah dies häufig in Form einer Opfer-Täter-Umkehr. Dass diese aktuelle Variante des Antisemitismus schon unmittelbar nach der israelischen Staatsgründung Anwendung fand, zeigt zudem, wie schnell Menschen in der Lage sind, antisemitische Ressentiments an neue Gegebenheiten anzupassen. So bescheinigte die damalige ZEIT-Kolumnistin Marion Gräfin Dönhoff bereits 1948, gerade vier Monate nach der Staatsgründung Israels, in einem Artikel über die Ermordung des UN-Vermittlers für Palästina, Folke Bernadotte, den Israelis, sehr weit »auf jenem Wege bereits gelangt [zu sein], der erst vor kurzem ein anderes Volk ins Verhängnis geführt hat«⁴. Allein dieser Satz könnte aus einem Lehrbuch über israelbezogenen Antisemitismus stammen. Er setzt Israel mit dem nationalsozialistischen Deutschland nahezu gleich, mit dem Ziel, Israel zu dämonisieren und deutsche Verbrechen massiv zu verharmlosen. Zudem vollzieht Dönhoff eine Täter-Opfer-Umkehr: Die Israelis, viele gerade aus den deutschen Todeslagern entkommen, seien nun die Täterinnen und Täter und zu schlechter Letzt wird das »deutsche Volk« als Opfer dargestellt, da ihm ein eingeschlagener Weg zum Verhängnis geworden sei. Diese Betrachtungsweise des Nahostkonflikts und der Missbrauch des Nahostkonfliktes für die Relativierung der Verbrechen der deutschen Geschichte finden sich auch nach über 60 Jahren immer wieder und immer häufiger in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung.

Eine des Antisemitismus unverdächtige Kritik an Israel ist möglich, aber selten.

Schon 2004 stellte das Bielefelder Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung fest: »Eine des Antisemitismus unverdächtige Kritik an Israel ist möglich, aber selten. Nur 10% der Befragten, die im GMF [Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit]-Survey 2004 eine Kritik an Israel ohne antisemitische Anleihen äußerten, signalisierten keine Zustimmung zu mindestens einer weiteren Facette des Antisemitismus. Die Mehrheit dieser Befragten kritisierte ebenso die palästinensischen Angriffe auf Israel und wendete sich generell gegen Gewalt als Mittel der Konfliktlösung. Ihre politische Position markieren sie eher als »links« oder »Mitte«, sie sind besser gebildet als der Durchschnitt, weniger nationalistisch und autoritär gestimmt und erweisen sich auch gegenüber anderen Gruppen als toleranter.«⁵

Jan Riebe, Diplom-Sozialwirt, ist Projektkoordinator bei der Amadeu Antonio Stiftung.

3 Streng genommen gab es diese Variante schon seit den Planspielen für einen jüdischen Staat, lange vor der Gründung Israels. Damals jedoch eher in Form des offenen Antisemitismus und nicht verkläuert wie seit 1945.

4 »Völkischer Ordensstaat Israel« von Marion Gräfin Dönhoff in »Die Zeit« vom 23. 09. 1948, online: <http://www.zeit.de/1948/39/voelkischer-ordensstaat-israel>

5 »Antisemitismus in Deutschland und Europa« von Andreas Zick und Beate Küpper in »Aus Politik und Zeitgeschichte« 31/2007, online: <http://www.bpb.de/apuz/30329/antisemitismus-in-deutschland-und-europa?p=0>

Vom Wort zur Tat

Über das Gewaltpotential von israelbezogenem Antisemitismus. Wie ein antisemitischer Diskurs über Israel körperliche Gewalt bedingen kann.

von Jan Riebe

Antisemitismus ist die offene Abwertung und Diskriminierung gegenüber Jüdinnen und Juden als »Juden«⁶ und somit auch Gewalt in Worten und Taten. Dies gilt ebenso für den israelbezogenen Antisemitismus. Antisemitische Diskurse tragen dazu bei – gewollt oder ungewollt – dass einzelne Personen sich legitimiert fühlen, körperliche Gewalt gegen Jüdinnen und Juden anzuwenden.

Wie das Zusammenspiel von antisemitischem Diskurs und Gewalt zusammenhängt, lässt sich anhand der Positionierung der außerparlamentarischen Linken ab Ende der 60er Jahre aufzeigen. Deren antisemitischer Diskurs über Israel führte zu antisemitischer Gewalt.

Angesichts von Zustimmungsraten zu Äußerungen mit israelbezogenem antisemitischem Inhalt von bis zu 68% der Deutschen⁷ sollte die Gefahr, die vom israelbezogenem Antisemitismus ausgeht, ernst genommen werden.

Bomben gegen Juden im Namen der »Israelkritik«

Mit dem Sechs-Tage-Krieg 1967 nahm die Gleichsetzung Israels mit dem Nationalsozialismus stark zu – in vielen Diskursen wurde eine Täter-Opfer-Umkehr vollzogen. Dies geschah mitunter aber auch in Form proisraelischer Äußerungen. Die Springer-Presse feierte damals den israelischen Verteidigungsminister Moshe Dayan als den neuen »Wüstenfuchs Rommel«, das Nachrichtenmagazin Spiegel titelte im Juni des gleichen Jahres bewundernd »Israels Blitzkrieg«. Für die radikale Linke waren solche Israel lobenden NS-Vergleiche, insbesondere durch die von ihnen gehasste Springer-Presse, eine Bestätigung für ihre im Zuge des Sechs-Tage-Krieges gewachsene radikale antiisraelische Haltung. Zumal nahezu zeitgleich dieselben Zeitungen gegen die Außerparlamentarische Opposition (APO) hetzten und den Tod Benno Ohnesorgs mit Schlagzeilen wie »Wer Terror produziert, muß Härte in Kauf nehmen«⁸ rechtfertigten. Da half es auch nicht, dass Ulrike Meinhof, linke Vordenkerin und Kolumnistin bei der Zeitschrift Konkret, auch noch nach dem Sechs-Tage-Krieg eine linke, kritische Solidarität mit Israel beschwor: »Es gibt für die europäische Linke keinen Grund, ihre Solidarität mit den Verfolgten aufzugeben, sie reicht in die Gegenwart hinein und schließt den Staat Israel mit ein«⁹. Die radikale Lin-

6 Damit ist gemeint, dass jenseits von der realen Existenz von Jüdinnen und Juden im Antisemitismus Judenbilder konstruiert werden. Brian Klug fasst dies so: »In short, antisemitism is the process of turning Jews into ›Jews‹«

7 Vgl. Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände Folge 3, Frankfurt/Main, S. 151

8 Schlagzeile der B.Z. vom 3. Juni 1967

9 Ulrike Meinhof: Drei Freunde Israels, in: Konkret 7/1967



Deutsche Normalität: Sicherheitsmaßnahmen vor einem jüdischen Café in Berlin

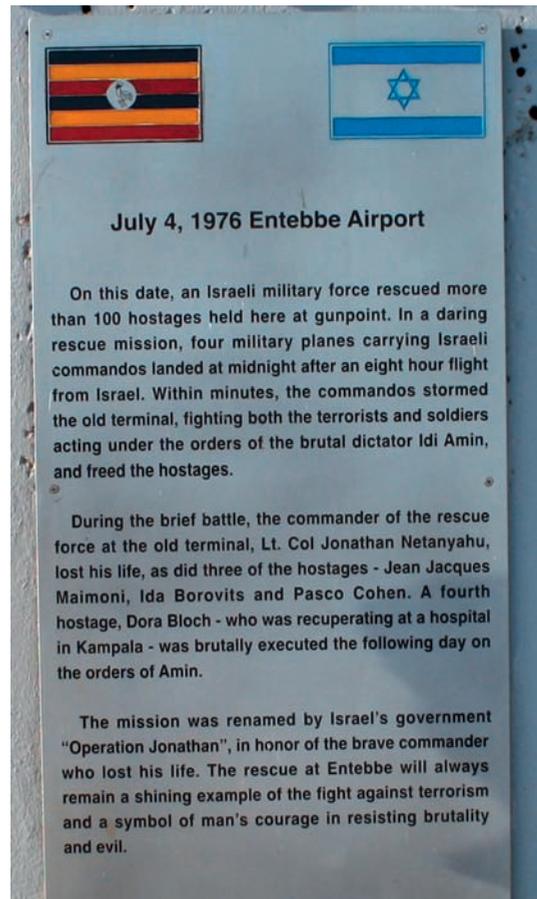
ke, bis zum Sechs-Tage-Krieg mehrheitlich proisraelisch, folgte dieser Analyse Meinhofs weitgehend nicht. Israel wurde von Teilen der APO als »faschistisch« gebrandmarkt und auf der 22. Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds (SDS) das Existenzrecht abgesprochen¹⁰. Fortan galt für viele Linke jede Aktion, die sich formal gegen Israel richtete, in dieser Logik als antifaschistisch. So verhinderten linke Studierende 1967, dass der erste Botschafter Israels in Deutschland, Asher Ben-Natan, an verschiedenen Universitäten mit Studierenden über den Sechs-Tage-Krieg reden konnte. Einer der Störer begründete dies damit, dass er sich dann ja gleich Adolf Hitler vom Himmel run-

10 So heißt es in einer verabschiedeten Resolution: »Die Anerkennung des Existenzrechts der in Palästina lebenden Juden durch die sozialrevolutionäre Bewegung in den arabischen Ländern darf nicht identisch sein mit der Anerkennung Israels als Brückenkopf des Imperialismus und als zionistisches Staatsgebilde.« Vgl. Martin W. Kloke: Israel und die deutsche Linke, Frankfurt am Main 1990, S. 77. In dieser Resolution spricht sich der SDS auch gegen antisemitische-rassistische Tendenzen von Teilen der arabischen Kriegspropaganda aus.

terholen könne, um mit ihm über Konzentrationslager zu debattieren¹¹. Diese Täter-Opfer-Umkehr, nach der die Israelis die »neuen Nazis« waren, hatte fatale Folgen: Am 9. November 1969 deponierten Linke – mit Hilfe eines agent provocateur des Verfassungsschutzes – anlässlich der Gedenkstunde zum 31. Jahrestag der Novemberpogrome, eine Bombe im Jüdischen Gemeindehaus in Berlin. Lediglich der defekte Zeitzünder verhinderte ein Massaker, bei dem wahrscheinlich u.a. zahlreiche Holocaust-Überlebende umgekommen wären.

In einem Bekenner schreiben wird die Tat als antifaschistisch gerechtfertigt: »Am 31. Jahrestag der faschistischen Kristallnacht wurden in Westberlin mehrere jüdische Mahnmale mit ›Schalom und Napalm‹ und ›El Fatah‹ beschmiert. Im jüdischen Gemeindehaus wurde eine Brandbombe deponiert. Beide Aktionen sind nicht mehr als rechtsradikale Auswüchse zu diffamieren, sondern sie sind ein entscheidendes Bindeglied internationaler sozialistischer Solidarität. Das bisherige Verharren der Linken in theoretischer Lähmung bei der Bearbeitung des Nahostkonflikts ist Produkt des deutschen Schuldbewusstseins: ›Wir haben eben Juden vergast und müssen die Juden vor einem neuen Völkermord bewahren.‹ [...] Jede Feierstunde in Westberlin und in der BRD unterschlägt, daß die Kristallnacht von 1938 heute täglich von den Zionisten in den besetzten Gebieten, in den Flüchtlingslagern und in den israelischen Gefängnissen wiederholt wird. Aus den vom Faschismus vertriebenen Juden sind selbst Faschisten geworden, die in Kollaboration mit dem amerikanischen Kapital das palästinensische Volk ausradieren wollen.«¹²

Der geplante Anschlag stieß in großen Teilen der Linken auf scharfe Kritik, dennoch teilten viele diese einfache Logik, nach der Israel faschistisch geworden sei und somit »Widerstand« gegen Israel antifaschistisch sei¹³. Dieses Erklärungsmuster bildete in der Fol-



Gedenktafel Flughafen Entebbe
© flickr.com/photos/usarmyafrika

11 Vgl. Interview mit Inge Deutschkron, Dokumentarfilm: Wir sind da. Juden in Deutschland nach 1945, Janusch Kozminski Filmproduktion aus dem Jahr 2000

12 AGIT 883, Nr. 40 vom 13.11.1969, S. 9

13 Vgl. Martin W. Kloke: Israel und die deutsche Linke, Frankfurt am Main 1990, S. 77 ff.

gezeit für viele Linke die Grundlage ihrer Politik gegenüber Israel. Dies bedeutet jedoch nicht, dass im gleichen Maße Gewalttaten gegenüber Jüdinnen und Juden Unterstützung fanden, dennoch fiel die Kritik daran oft schwach aus.

Im Jahr 1972 rechtfertigte auch Ulrike Meinhof – in völliger Umkehr zu ihrer 1967 verlautbarten Positionierung – in einem Pamphlet¹⁴ der Roten Armee Fraktion das Olympia-Attentat auf die israelische Mannschaft in München als Antifaschismus. Sie bezeichnete Moshe Dayan als »Himmler Israels«, und warf Israel vor, einen »Moshe-Dayan-Faschismus« zu betreiben. Zudem habe der Staat Israel »seine Sportler verheizt wie die Nazis die Juden – Brennmaterial für die imperialistische Ausrottungspolitik«.¹⁵

Wie weit die Ideologie des Antisemitismus die Betrachtung des Nahostkonfliktes in Teil der Linken bestimmte, zeigte sich 1976 bei einer Flugzeugentführung deutscher und palästinensischer Terroristen. Der deutsche Terrorist Böse, Mitglied der Revolutionären Zellen (RZ), selektierte die Passagiere in Juden und Nichtjuden. Explizit wurde mit der Ermordung der jüdischen Flugpassagiere gedroht. Für viele Jüdinnen und Juden weltweit stand fest: Es handelte sich um eine Selektion wie einst an der Rampe von Auschwitz, vorgenommen durch einen deutschen Aktivisten der RZ. Die Stürmung des Flughafengebäudes, in dem die Geiseln gefangen gehalten wurden, verhinderte ein antisemitisches Massaker. Größere Teile der radikalen Linken begannen erst 15 Jahre später, über den antisemitischen Charakter dieses Ereignisses kontrovers zu diskutieren.

In diese Tradition, Jüdinnen und Juden als die neuen Faschisten und damit einhergehend zu legitimen Angriffszielen zu deklarieren, reihte sich auch ein vermutlich geplanter Mordanschlag der RZ auf die jüdischen Gemeindevorsteher von Berlin und Frankfurt, Heinz Galinski und Ignaz Lipinski, ein. Die geplanten Taten kamen nur durch einen Aussteiger ans Licht. Die RZ veröffentlichten daraufhin ein Schreiben, in dem sie zwar nicht direkt zugaben, die beiden jüdischen Gemeindevorsteher tatsächlich ermorden zu wollen, diese jedoch als legitime Ziele linker Politik definierten. In dem Schreiben warfen die RZ der Linken vor, die Attentatspläne gegen Galinski und Lipinski als Antisemitismus zu kritisierten, statt zu überlegen »welche Rolle Galinski spielt für die Verbrechen des Zionismus, für die Grausamkeiten der imperialistischen Armee Israels, welche Propaganda- und materielle Unterstützungsfunktion dieser Typ hat, der alles andere ist als nur >jüdischer Gemeindevorsitzender<, und: was man in einem Land wie dem unseren dagegen machen kann. Ihr entzieht euch dieser politischen Auseinandersetzung und geilt euch auf an dem behaupteten (antisemitischen?) Faschismus der RZ und ihrer Hintermänner. [...]«¹⁶

Die Liste mit antisemitischen Anschlägen in der Ideologie der Täter-Opfer-Umkehr,

14 Vgl. »Die Aktion des »Schwarzen September« in München. Die Strategie des antiimperialistischen Kampfes, November 1972« in: Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, S. 151-177.

15 Noch weiter ging im Jahr 2008 der Direktor des Sportwissenschaftlichen Instituts an der Universität Göttingen, Arnd Krüger. Er behauptete in einem Vortrag, die Sportler seien freiwillig in den Tod gegangen, um die Schuld (und auch die Schulden) Deutschlands gegenüber dem Staat Israel zu verlängern.

16 Die gesamte RZ-Erklärung »Die Hunde bellen, und die Karawane zieht weiter« ist online nachzulesen unter: <http://www.freilassung.de/div/texte/rz/zorn/Zorn21.htm>

verbunden mit dem Duktus antifaschistisch zu handeln, ließe sich fortführen. Viele Linke kritisierten solche Taten, jedoch ermöglichte die breite Akzeptanz der Meinung »aus vom Faschismus vertriebenen Juden sind selbst Faschisten geworden« diese Taten.

Seit den 90er Jahren gibt es innerhalb der Linken eine gewachsene Sensibilität dem eigenen Antisemitismus gegenüber. Die Auseinandersetzungen werden häufig sehr kontrovers und intensiv geführt. Diese Debatten haben wesentlich dazu beigetragen, dass der antisemitische Diskurs zurückgedrängt wurde, parallel dazu nahmen antisemitische Taten aus der Linken stark ab.¹⁷ Dies ist einerseits mit einem Bedeutungsverlust der radikalen Linken seit 1990 durch den Zusammenbruch des Ostblocks zu erklären, aber auch mit der selbstkritischeren Auseinandersetzung mit dem eigenen Antisemitismus. Dennoch kann nicht von einem Verschwinden des Antisemitismus von links geredet werden, auch kommt es immer wieder zu Gewalttaten im Zuge der Auseinandersetzungen in der Linken um Israel und Antisemitismus. Zudem geben auch Entwicklungen in Teilen der Linkspartei Grund zur Sorge, wie diverse Vorfälle mit antisemitischen Charakter der letzten Jahre zeigen¹⁸.

Täter-Opfer-Umkehr in der »Mitte« der Gesellschaft

Dennoch sollten insbesondere die hohen Zustimmungsraten in der Mitte der Gesellschaft Anlass bieten, den israelbezogenen Antisemitismus auch wenn er sich häufig »nur« in Diskursen niederschlägt, ernst zu nehmen. Nicht weil in der Gegenwart in Deutschland aus ihr körperliche antisemitische Gewalt in hohem Maße erwächst, sondern weil Vorstellungen, wie die, »was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben«, an die Täter-Opfer-Umkehr anschließen, die für den israelfeindlichen, in Teilen antisemitischen Kurs der außerparlamentarischen Linken Ende der 60er bis weit in die 80er Jahre entscheidend war. Dass solche Aussagen, die die Verbrechen des Nationalsozialismus extrem relativieren und Israels Politik dämonisieren, in Deutschland Zustimmungsraten von 30 bis über 50% erzielen, zeigt, dass wir es nicht mit Einstellungen einer kleinen Minderheit zu tun haben. Auch dass 70% der Deutschen Israel für die größte Gefahr des Weltfriedens¹⁹ halten, bestätigt, dass in großen Teilen der Gesellschaft ein sehr negativer Diskurs über Israel vorherrscht. Dies alles kann dazu beitragen, dass sich beispielsweise bei einer neuerlichen Eskalation im Nahen Osten auch antisemitische Gewalt wieder Bahn bricht – ob von rechts, links oder aus der Mitte der Gesellschaft. Insbesondere Rechts-extreme, die laut Kriminalstatistik 2011 für 775 der 811 antisemitischen Straftaten in

17 In den Kriminalstatistiken des Bundes liegt die Zahl antisemitischer Straftaten von links bei meist unter zehn Taten im Jahr. Auch wenn nicht alle Taten hier erfasst oder als antisemitisch gewertet werden, zeigt dies, dass politisch links motivierte antisemitische Straftaten auf einem derzeit niedrigen Stand verharren.

18 Vgl. Samuel Salzborn und Sebastian Voigt: Antisemiten als Koalitionspartner? Online: http://www.salzborn.de/txt/2011_zfp.pdf

19 Die Aussage »Israel ist die größte Gefahr für den Weltfrieden« ist für sich alleine genommen nicht als antisemitisch einzustufen, aber Ausdruck eines sehr negativen Israelbildes in Deutschland. Dennoch ist die Aussage anschlussfähig an antisemitische Ressentiments, wie das vom jüdischen Weltbrandstifter.

Deutschland verantwortlich waren, versuchen immer wieder, ihre antisemitischen Taten als »Kritik« an Israel zu tarnen²⁰. Hinzu kommt, dass sich nicht »nur« antisemitische Gewalttäter durch diesen Diskurs ermutigt sehen, sondern dass große Teile der Gesellschaft antisemitische Gewalt nicht als solche wahrnehmen oder wahrnehmen wollen.

»Antisemitismus? – aber das Opfer war doch ein Israeli«

Wie antisemitische Gewalt nicht als solche wahrgenommen wird, wenn sie sich gegen Israelis richtet, lässt sich an einem Vorfall vom April 2010 veranschaulichen: In Laucha, Sachsen-Anhalt wurde ein Jugendlicher zusammengeschlagen. Die Täter waren Neonazis. Sie riefen dabei immer »Du Scheiß-Jude, verpiss dich« und ähnliches. Darauf fragte eine Journalistin in einem Interview die Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung: »Nun, Frau Kahane, was meinen Sie? Ist das schon Antisemitismus?« »Schon? Ja klar, was denn sonst?!« antwortete Kahane. »Naja«, meinte die Journalistin, »aber das Opfer war doch ein Israeli«.

Ein die Wahrnehmung betreffend ähnliches Szenario spielte sich 2010 in Hannover ab. Bei einem Stadtteilstfest wurde eine jüdische Tanzgruppe antisemitisch beleidigt und mit Steinen beworfen. Einige lokale Akteure vor Ort konnten in der Tat keinen Antisemitismus erkennen, sondern sahen darin lediglich ein Nachspielen des Nahostkonfliktes.

Es zeigt sich, dass selbst, wenn eindeutige Begriffe wie »Scheiß Jude« im Kontext einer Gewalttat gegen einen Juden fallen, dies nicht notwendig als antisemitisch wahrgenom-



Heinz Galinski vorm Jüdischen Gemeindehaus in Berlin (1967)

© Deutsches Bundesarchiv , B 145 Bild-P094007

20 So marschierten beispielsweise zeitgleich am 3. Juni 2003 mit einer Veranstaltung mit dem damaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Paul Spiegel, anlässlich der Ausstellung »Rassismus in Deutschland« rund 60 Neonazis aus der Region unter der verhöhnenden Losung »Der Rassismus ist ein Meister aus Israel«. Einer der Redner, ein Mitglied des NRW-Landesvorstands der NPD, skandiert über das Mikro die Parole »Internationale Völkermordzentrale Israel«.

Diese und viele weitere Beispiele für Aktionen, nicht nur von Neonazis, ihren Antisemitismus als Kritik an Israel zu tarnen, findet sich in der von der Amadeu Antonio Stiftung seit 2002 betriebenen Chronik antisemitischer Vorfälle. Online: <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/die-stiftung-aktiv/gegen-as/antisemitismus-heute/chronik-antisemitischer-vorfaelle/>.

men wird, wenn die Opfer Israelis sind. Außerdem kann Gewalt gegen Jüdinnen und Juden als falsche Form der »Kritik« an Israel erscheinen und nicht als die antisemitische Praxis, die sie ist. In solchen Beispielen spiegelt sich wider, wie real die Gefahr des Zusammenspiels antisemitischer Gewalt und des Wegschauens der Mehrheitsgesellschaft ist. Letzteres zeigt auch, wie wenig Sensibilität und Wissen in großen Teilen der Gesellschaft bezüglich Formen und Gefahren von israelbezogenem Antisemitismus vorhanden sind.

Fazit

Die Täter-Opfer-Umkehr ist ein zentraler Bestandteil des israelbezogenen Antisemitismus. Wie solch ein antisemitischer Diskurs in Gewalt umschlagen bzw. sie bedingen kann, zeigt der Blick auf die Israeldebatten der außerparlamentarischen Linken Ende der 60er Jahre. Angesichts Zustimmungsraten von bis zu über 50% der deutschen Mehrheitsbevölkerung zu Aussagen, die die Politik Israels mit der des Nationalsozialismus auf eine Ebene stellt, wird deutlich, wie aktuell, wie wirkungsmächtig und breit verankert die Täter-Opfer-Umkehr bei Debatten über Israel derzeit ist. Israelbezogener Antisemitismus stellt eine akute Bedrohung der demokratischen Kultur, aber auch für die Unversehrtheit von Jüdinnen und Juden und alle dar, die als Repräsentanten oder Sympathisantinnen Israels wahrgenommen werden. Dies können dann auch Kinder und Jugendliche einer Tanzgruppe einer jüdischen Gemeinde sein, wie der Vorfall in Hannover gezeigt hat.

Pädagogische Fragestellungen

Bildungsarbeit gegen israelbezogenen Antisemitismus

von Hanne Thoma/Jan Riebe

Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass antisemitische Äußerungen in der Öffentlichkeit dann am wenigsten sanktioniert werden, wenn sie sich gegen Israel richten. So fand eine Studie der Universität Bielefeld unter Leitung von Prof. Wilhelm Heitmeyer beispielsweise erschreckende Zustimmungsraten von über 68 Prozent²¹ in der deutschen Mehrheitsbevölkerung²² zu antisemitischen Äußerungen wie »Israel führt einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser« und über 50 Prozent zur Aussage »Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben«.²³

Obwohl derartige empirische Ergebnisse für israelbezogenen Antisemitismus bei mehrheitsdeutschen Erwachsenen mittlerweile fast ein Jahrzehnt lang bekannt und öffentlich diskutiert worden sind, fristet die Thematisierung desselben in der Bildungsarbeit noch immer ein Nischendasein und findet ihren Niederschlag bisher fast ausschließlich in der pädagogischen Arbeit mit Jugendlichen aus muslimisch sozialisierten Milieus.

Ausgangspunkte der Workshopkonzeption

Vor dem Hintergrund dieser Situation haben wir daher im Rahmen des Projektes »Thematisierung von israelbezogenem Antisemitismus und den damit verbundenen Gefahren für demokratische Kultur – Aktionswochen gegen Antisemitismus« einen zweitägigen Workshop zur Bearbeitung von israelbezogenem Antisemitismus konzipiert und weiterentwickelt. Zielgruppen waren vor allem Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus der Bildungs-, Sozial- und Jugendarbeit und zivilgesellschaftliche Akteure. Einige Hintergründe und Überlegungen zu dem Projekt sollen hier im Fol-

21 Die Zahl setzt sich zusammen aus 35,1% der Befragten, die der Aussage »voll und ganz« zustimmten und 31,3%, die der Aussage »eher« zustimmten. Die Umfrage wurde im Jahr 2004 durchgeführt. Vgl. Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände Folge 3, Frankfurt am Main 2005, Tabelle, S. 151. Im Jahr 2008 stimmten 47,7% der Deutschen dieser Aussage zu (vgl. »Die Abwertung der Anderen" Studie der Friedrich Ebert Stiftung, Berlin 2011, Tabelle, S.66. Online: http://www.fes-gegenrechtsextremismus.de/pdf_11/FES-Studie%2BDie%2BAbwertung%2Bder%2BAnderen.pdf)

22 Bei den Ergebnissen der Studie »Deutsche Zustände« fließen ausschließlich die Befragungen von Angehörigen der deutschen Mehrheitsbevölkerung mit ein. Ergebnisse von befragten Personen mit Migrationshintergrund werden nicht berücksichtigt. Siehe dazu: Wilhelm Heitmeyer: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirischen Ergebnisse aus den Jahren 2002, 2003, und 2004, Fußnote 2, S. 33f. in: Deutsche Zustände Folge 3, s.o.

23 Die Zahl setzt sich zusammen aus 27,3% der Befragten, die der Aussage »voll und ganz« zustimmten und 23,9%, die der Aussage »eher« zustimmten. Die Umfrage wurde im Jahr 2004 durchgeführt. Vgl.: Deutsche Zustände Folge 3, s.o.

Programm Freitag

* Einstieg & Kennenlernen & Wünsche
Programmvorstellung

* Biographischer Einstieg ins Thema

kl. Pause

* Arbeitsdefinitionen Antisemitismus
etc

Pause

* Antisemitismus Begriffe
Kontinuitäten & Brüche

Teil I

Pause

Teil II

* Juden / Jüdinnen & Deutsche

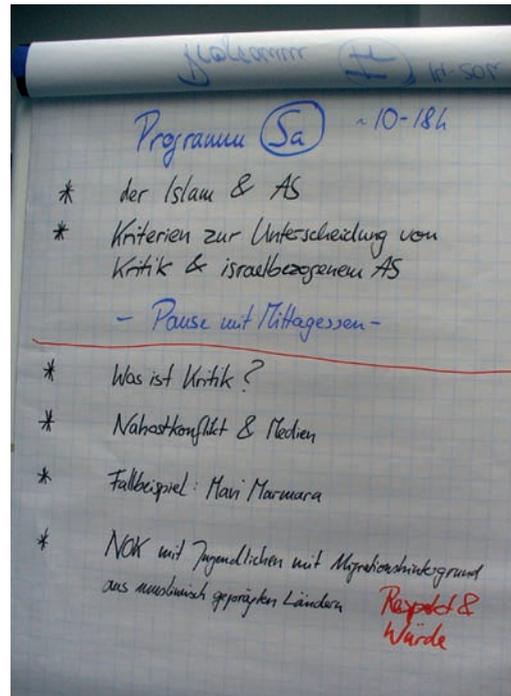
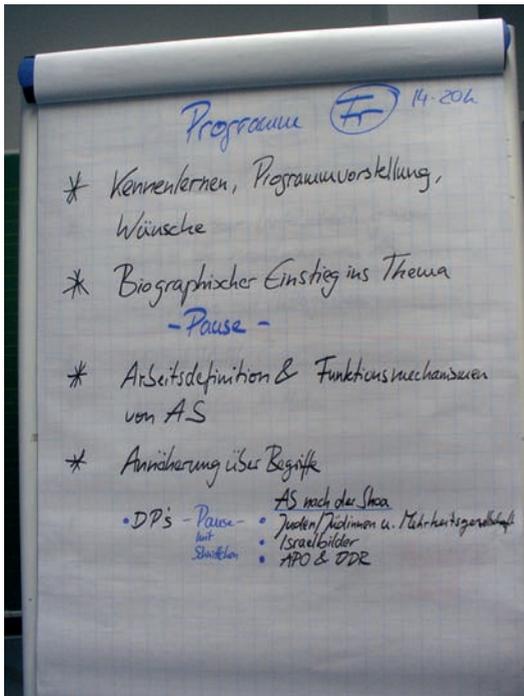
Programmübersicht eines ersten Tages eines Workshops



Workshop in Hannover-Sahlkamp

genden dargestellt werden: Primäres Anliegen der Workshopkonzeption war, bei Pädagoginnen und Pädagogen und anderen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass israelbezogener Antisemitismus in jeweils spezifischer Weise in ganz heterogenen Teilen der Bevölkerung verankert ist. In diesem Zusammenhang erweist sich die Fokussierung des gesellschaftlichen Diskurses auf ›den Antisemitismus‹ ›der Muslime‹ nicht nur deshalb als problematisch, weil sie mittlerweile dazu genutzt wird, Rassismus zu schüren: Sie ist auch eine diskursive Entlastungsstrategie für Angehörige der Mehrheit und verstellt damit den Blick auf eine realitätsgerechte Problemwahrnehmung. Um die Bearbeitung von israelbezogenem Antisemitismus als gesamtgesellschaftliche Aufgabe anzugehen, war es eine Zielsetzung des Workshops, unterbelichteten Ursachen israelbezogenen Antisemitismus‘ in der deutschen Mehrheitsgesellschaft und ihren verschiedenen politischen Spektren, ihren historischen Wurzeln in der deutschen Nachkriegsgeschichte (West und Ost) und in den persönlichen Entlastungswünschen der Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft nachzugehen. Dieser Ansatz schließt die Notwendigkeit der Selbstreflexion aller am pädagogischen Prozess Beteiligten mit ein.

Weil sie für pädagogische Praktikerinnen und Praktiker viele Fragen aufwirft, wurde die pädagogische Bearbeitung von israelbezogenem Antisemitismus mit Teilnehmenden mit familiären Bezügen zu Ländern mit muslimisch geprägten Gesellschaften auch im Rahmen unserer Workshopkonzeption thematisiert. Ziel war, Pädagoginnen und Pädagogen zu ermutigen, sich dem Problem in pädagogischen Alltagssituationen zu stellen und Fähigkeiten zu vermitteln, um gezielt intervenieren zu können.



Neben Hinweisen auf Spezifika, die die Zielgruppe der als muslimisch gelabelten Jugendlichen betreffen, war uns wichtig, die Wechselwirkungen zwischen erlebter Diskriminierung durch die Mehrheitsgesellschaft einerseits und antisemitischen Weltdeutungsangeboten und ihren Vermittlungswegen im Umfeld dieser Jugendlichen andererseits in den Blick zu nehmen.

Israelbezogener Antisemitismus wird häufig nicht als antisemitisch erkannt und stellt gerade deshalb eine Möglichkeit dar, das antisemitische Ressentiment sozialkonform zu äußern. Dass damit nicht gemeint ist, dass Israel generell nicht kritisiert werden dürfe, sollte sich von selbst verstehen. Wir werden diesen Punkt hier nicht weiter ausführen. Was uns im Weiteren beschäftigen soll, sind Formen der sogenannten Israelkritik²⁴, die der Argumentation oder/und der (manchmal unbewussten) Intention nach antisemitisch sind.

Israelbezogener Antisemitismus der Mehrheitsgesellschaft – und pädagogische Bearbeitung

Schon 2003 wiesen Heitmeyer et al. darauf hin, dass die antisemitisch aufgeladene Rede über Israel – häufig als Israelkritik tituliert – eine Form der »antisemitischen Umwegkommunikation«²⁵ sei. Um das Phänomen zu verstehen, muss man sich verge-

24 Das Wort »Israelkritik« ist irreführend, weshalb wir hier von sogenannter Israelkritik sprechen. Vgl. dazu Jan Riebe: Was ist israelbezogener Antisemitismus, S. 7 in dieser Broschüre.

25 Der Begriff stammt von Bergmann/Erb. Vgl. Werner Bergmann und Rainer Erb: Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 38, S. 223–246. hier S. 230.

genwärtigen, dass offener und allgemein kenntlicher Antisemitismus vor dem Hintergrund der Geschichte in der deutschen Öffentlichkeit (und hier geht es nicht um den Stammtisch, sondern um den politischen Raum) nach wie vor nicht opportun ist und denjenigen, die sich derart äußern, politisch und persönlich in der Regel schadet. Wird das antijüdische Ressentiment jedoch als ›Kritik an Israel‹ formuliert, wird der antisemitische Gehalt der Aussagen gewissermaßen getarnt, weil Kritik erstens zu Recht ein hohes demokratisches Gut ist, und zweitens auch scharf formuliert werden darf.

Darüber hinaus zeigt die pädagogische Praxis, dass antisemitische Vorstellungswelten – zum Teil unerkant – im mehrheitsdeutschen Diskurs so stark verankert sind, dass Kritik an israelischer Politik oder an israelischen Akteuren auch ohne die bewusste Absicht des/der Sprechenden antisemitisch formuliert wird. Jenseits der persönlichen Intention wird so wiederum eine antisemitische Aussage getroffen und die antisemitische Vorstellungswelt aufs Neue verfestigt.

Die Aufgabe in der pädagogischen Bearbeitung des Problems besteht also darin,

1. Teilnehmenden Kriterien an die Hand zu geben, wie Kritik – auch harsche – und »Tarnformen« des Antisemitismus zu unterscheiden sind²⁶,
2. Teilnehmende dazu zu motivieren, sich selbst ehrlich und selbstkritisch zu hinterfragen, was ihre Motivationen in der Äußerung von Kritik an Israel, Israelis oder der israelischen Politik sind.

Der relativ geschützte Raum politischer Bildungsseminare zu israelbezogenem Antisemitismus ermöglicht Teilnehmenden das Nachdenken darüber, inwieweit die Form der eigenen Auseinandersetzung mit dem Nahostkonflikt, mit Israel, aber auch mit israelbezogenem Antisemitismus in erster Linie nicht aus sachlichem Interesse an einem weit entfernten, überregionalen Konflikt resultiert, sondern eine persönliche und in gesamtgesellschaftliche Mechanismen eingebundene Form des Umgangs mit der deutschen Geschichte – konkret dem Nationalsozialismus und seiner Nachgeschichte – ist. Dementsprechend hat die Beschäftigung mit der Thematik oft weniger mit dem scheinbar Fremden und mehr mit Eigenem zu tun, als viele vor Seminarbeginn annehmen. Uns war es deshalb wichtig, didaktische Zugänge zum Thema zu wählen, die es den Teilnehmenden ermöglichen, diese Bezüge selbst herauszuarbeiten.

In der Begleitung des Selbstaufklärungsprozesses haben wir versucht, den Unterschied zwischen Schuld und Verantwortung als Folge deutscher Geschichte für die Nachgeborenen herauszuarbeiten. Wir haben stärker noch als die Verbrechen des Nationalsozialismus, die Nachgeschichte der nationalsozialistischen Judenverfolgung thematisiert und es war uns ein Anliegen, eine multiperspektivische Auseinandersetzung mit der Komplexität der Nahostthematik zu befördern. Hierzu gehören auch Hintergrundwissen und ein kritischer Umgang mit Eindrücken und medial vermittelten Bildern des Nahostkonfliktes in einer globalisierten Welt.

26 Vgl. Jan Riebe: Was ist israelbezogener Antisemitismus? S. 7 f. in dieser Broschüre

Israelbezogener Antisemitismus im Namen der Menschenrechte

Zu den Schwierigkeiten (und Chancen) der pädagogischen Arbeit gegen israelbezogenen Antisemitismus gehört, dass dieser mitunter auch von Personen getragen wird, die sich selbst explizit als anti-antisemitisch verorten, gerade weil sie ein antirassistisches und auf Gleichheit aller Menschen ausgerichtetes politisches Selbstverständnis vertreten. Dies ist keinesfalls ein spezifisch deutsches Problem: Roger Cukierman vom Dachverband der französischen Juden und Jüdinnen (Conseil représentatif des institutions juives de France, CRIF) formulierte das Problem 2004 vor dem Hintergrund der damaligen französischen Situation folgendermaßen: «Juden werden nicht mehr von Rassisten angegriffen, sondern von Antirassisten, weil sie für Rassisten gehalten werden». Auch wenn man nicht aus den Augen verlieren darf, dass die überwältigende Mehrheit antijüdischer Straftaten in Deutschland Tätern mit einem rechtsextremen Hintergrund zuzurechnen ist, ist die Tatsache, dass auch aus einem politischen Spektrum, das für Emanzipation und gegen Rechts-Extremismus steht, antisemitische Töne kommen, besonders verstörend.

Sensibilisierung und Handlungssicherheit für pädagogische Akteure

Die Erfahrung aus der Bildungsarbeit gegen israelbezogenen Antisemitismus zeigt, dass Akteurinnen und Akteure aus Zivilgesellschaft und Bildungs-, Jugend- und Sozialarbeit, die privat oder beruflich mit Debatten um den Nahostkonflikt konfrontiert sind, häufig unsicher sind, wie sie legitime Formen der Kritik an jüdischen Israelis und israelischer Politik von israelbezogenem Antisemitismus unterscheiden sollen. In der Selbstreflexion wird mitunter deutlich, dass von den Akteuren antisemitische Argumentationsweisen als solche zunächst nicht wahrgenommen werden, weil die Sensibilisierung für Formen des Antisemitismus, die auf den ersten Blick nicht der historischen nationalsozialistischen Ausprägung desselben entsprechen, fehlt: In manchen Fällen unterstützen Pädagoginnen und Pädagogen de facto antisemitische Aussagen ihrer jugendlichen Bezugspersonen, weil sie diese nicht als antisemitisch, sondern als erwünschtes kritisches Bewusstsein wahrnehmen.²⁷ Pädagoginnen und Pädagogen brauchen daher ein dezidiertes Verständnis von Ausdrucksformen israelbezogenen Antisemitismus, die sie dazu befähigen, die Jugendlichen, mit denen sie arbeiten, nicht unwissentlich in antisemitischen Haltungen zu bestärken, sondern zu intervenieren.

Darüber hinaus berichten pädagogische Akteurinnen und Akteure, dass sie Debatten mit ihren jugendlichen Teilnehmenden vermeiden, weil sie sich nicht kompetent fühlen, diese Auseinandersetzung durchzustehen. Es fehlt an Wissen sowohl über Antisemitismus als auch über den Nahostkonflikt und an Handlungsstrategien.

Ein erstes Ziel für Bildungsarbeit sollte es in diesen Fällen sein, diejenigen, die israelbezogenen Antisemitismus nicht erkennen, für das Problem zu sensibilisieren und Akteurinnen und Akteure, die sich (auf Israel bezogenen) antisemitischen Positionierungen entgegenstellen wollen, zu empowern und ihre Kompetenzen für diesen Bereich zu stärken.

²⁷ Siehe dazu auch: Heike Radvan: Pädagogisches Handeln und Antisemitismus, Bad Heilbrunn 2010.

Die Debatte um Israel als Chance für eine eigene Sensibilisierung zum Thema Antisemitismus allgemein begreifen

Die Debatte um den Nahostkonflikt und die Frage, wie dessen Rezeption mit Antisemitismus zusammenhängt, wird vielerorts emotional und ideologisiert geführt. Das erschwert zunächst die Arbeit gegen israelbezogenen Antisemitismus, weil die aggressive Weise, in der die Auseinandersetzungen zum Thema teilweise stattfinden, viele Menschen abschreckt. Ängste und Wut in Bezug auf einen tatsächlich oder vermeintlich in der Debatte gemachten Antisemitismusvorwurf zum einen und der schnell im Raum stehende Generalverdacht, stets einen Antisemitismusvorwurf machen zu wollen zum anderen, erfordern zunächst einen anspruchsvollen Gruppenprozess, um eine gute Lernatmosphäre herzustellen.

Aber die prominente Behandlung des Themas in der deutschen Öffentlichkeit und in privaten Auseinandersetzungen eröffnet auch Chancen, weil sie Interesse an der Problematik und seiner Komplexität weckt und zum Türöffner dafür werden kann, Menschen für eine generelle selbstreflexive Auseinandersetzung mit dem Thema Antisemitismus zu gewinnen. Davon können sowohl die Qualität der zivilgesellschaftlichen Debatten zum Nahostkonflikt, als auch die notwendige gesellschaftliche Auseinandersetzung um den Antisemitismus in der deutschen Einwanderungsgesellschaft – von Alteingesessenen und Personen mit Migrationshintergrund gleichermaßen – nur profitieren.

Selbstreflexive Formen der Bearbeitung von israelbezogenem Antisemitismus bei Erwachsenen und Multiplikatoren/Multiplikatorinnen ermöglichen !

Das Feedback der Teilnehmenden und die Reflexion der Erfahrungen dieses Projektes und vorhergegangener Seminare der politischen Erwachsenenbildung zu israelbezogenem Antisemitismus zeigen, dass Information und politische Debatte zum Thema allein nicht zielführend sind. Seminare der politischen Bildung können dagegen geeignete Arbeitsformen anbieten, um an persönlichen Erfahrungen anzusetzen und ihre gesellschaftspolitische Kontextualisierung zu erreichen. Sie eröffnen damit die Chance, Reflexionsprozesse in Gang zu setzen, die es Teilnehmenden ermöglichen, an ihrer eigenen Haltung zur Thematik zu arbeiten – und dies ist ein zentraler Punkt, um Einstellungsveränderungen bei Individuen (und vielleicht auch ihrem persönlichen und gesellschaftlichen Umfeld) und anti-antisemitische Handlungssicherheit bei Pädagogen und Pädagoginnen zu erreichen. Es wäre lohnend, die Bearbeitung dieser hochaktuellen Form des Antisemitismus stärker in politischer Erwachsenenbildung und in der Fortbildung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu verankern und dazu entsprechende Förderstrukturen zu schaffen.

Hanne Thoma (ha.tho@gmx.de) ist u.a. Koordinatorin der Task Force Education on Antisemitism und konzipiert und leitet seit 2006 Fortbildungen und Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung zu israelbezogenem Antisemitismus und Rassismus.

Aussteigen aus antisemitischen Differenzkonstruktionen

Heike Radvan

Eine wichtige Rolle im Hinblick auf die Inhalte und den Aufbau von Fortbildungen zum Thema Antisemitismus sollte die Frage spielen, wie es möglich ist, aus antisemitischen Differenzkonstruktionen²⁸ auszustei­gen. Was ist damit gemeint?

Fragt man allgemein, was Antisemitismus ist, so lassen sich eine Vielzahl von Definitionen formulieren. Geht man davon aus, dass Pädagoginnen und Pädagogen mit gesprochener Sprache umgehen, so scheint es sinnvoll, sich dem Phänomen aus semantischer Perspektive zu nähern. Sprachlich gesehen, folgen judenfeindliche Äußerungen einer bestimmten Struktur: Sie enthalten Gruppenkonstruktionen, die jeweils mit wertenden Zuschreibungen verknüpft werden. Auf der einen Seite stehen »die Juden«, auf der anderen eine Eigen- oder Wir-Gruppe. Betrachtet man solche verallgemeinernden Aussagen »über Juden«, so lässt sich festhalten, dass es sich hierbei grundsätzlich um Konstruktionen handelt. Antisemitismus (in seiner modernen Form) hat nichts mit dem tatsächlichen Verhalten von Jüdinnen und Juden zu tun. Der Soziologe Theodor W. Adorno spricht in diesem Zusammenhang vom »Gerücht über die Juden«. Aus pädagogischer Perspektive macht es Sinn, sich der anderen Seite der Gruppenkonstruktion zuzuwenden, also der »Wir-Gruppe«. Wer über »Juden« spricht, sagt immer auch etwas über die Eigengruppe. Die Differenzkonstruktion zwischen einer Wir-Gruppe und »den Juden« erfüllt eine Funktion für diejenigen, die sich antisemitisch äußern: Wer sich abwertend über Juden äußert, wertet sich selbst auf und ordnet sich einer (vermeintlich überlegenen) Gruppe zu. Aus pädagogischer Sicht ist es daher folgerichtig, nach der jeweiligen Funktion einer antisemitischen Äußerung für den einzelnen Jugendlichen zu fragen und an dieser Stelle mit der Intervention anzusetzen. Fragen Pädagoginnen und Pädagogen nach der Funktion, so geraten Jugendliche mit ihren verschiedenen Erfahrungshintergründen und Haltungen in den Blick – nicht aber »die Juden«.

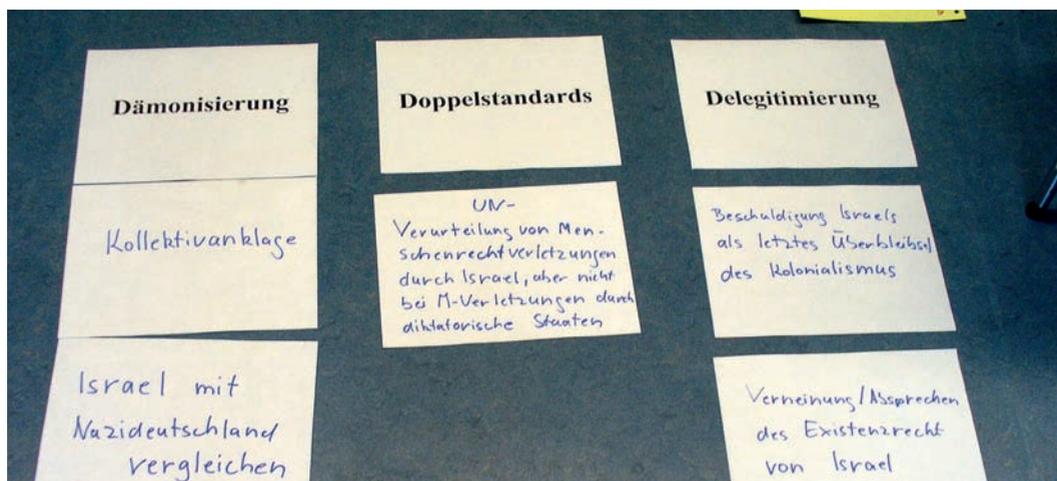
Dass es wenig sinnvoll ist, in Reaktion auf eine antisemitische Äußerung »über Juden« zu sprechen, lässt sich nicht nur theoretisch belegen. Beispiele aus den von mir geführten Interviews zeigen sehr eindrücklich, wie naheliegend es in der Praxis scheint, auf dieser Ebene zu argumentieren. Es wird aber auch deutlich, welche Folgen dies mit sich bringt. So antwortet beispielsweise eine Pädagogin auf die Aussage einer Jugendlichen, dass Juden

28 In diesem Text wird ein zentrales Ergebnis meiner Dissertation vorgestellt, für die ich Interviews mit Jugendpädagoginnen und –pädagogen über ihre Wahrnehmung von Antisemitismus in der Praxis sowie über ihren Umgang damit geführt habe. In Fortbildungen mit Pädagoginnen und Pädagogen sollte die hier aufgeworfene Frage ein Aspekt unter anderen sein. Aufgrund der Kürze des Beitrags kann jedoch auf weitere Themen, wie z.B. den pädagogischen Bezug oder den rekonstruktiven Blick, nicht eingegangen werden.

kleine Kinder umbrächten, mit dem Argument, es würde doch nicht jeder Jude Kinder umbringen, statt diese Äußerung komplett zurückzuweisen. Mit dieser Intervention begibt sich die Pädagogin in die vermeintliche Logik der Argumentation über das, was »über Juden« behauptet wurde. Sie verbleibt dabei sprachlich innerhalb der antisemitischen Differenzkonstruktion vom »Juden als dem Anderen«. Statt diese zu verlassen, erfährt die Konstruktion vielmehr eine Bestätigung. Etwas strukturell Ähnliches passiert, wenn ein Pädagoge auf die Behauptung, es gäbe eine jüdische Weltverschwörung, reagiert, indem er darauf verweist, dass nicht jeder Jude die amerikanische Politik bestimme. Auch wenn Informationen und Wissensvermittlung eine differenziertere Einschätzung komplexer Problemlagen ermöglichen können, zeigt sich, dass Argumentationen »über Juden« innerhalb der antisemitischen Differenzkonstruktion verbleiben. Jüdinnen und Juden gelten weiterhin als »die Anderen«, deren Jüdischsein entscheidend für ihr Verhalten ist. Dieses Problem zeigt sich auch im Umgang mit Aussagen zum Nahostkonflikt. Häufig erfolgt durch Jugendliche eine Gleichsetzung von »den Israelis« mit »den Juden«. Fordern Pädagoginnen und Pädagogen nun abstrakt ein, anstelle von »Juden« die Bezeichnung »Israelis« zu verwenden, so kann es auch hier zu einem Verbleib innerhalb antisemitischer Differenzkonstruktionen kommen. Ein Austauschen von Bezeichnungen führt nicht zu einem grundsätzlichen Hinterfragen der zugrundeliegenden Differenzkonstruktion, sie erfährt vielmehr eine Bestätigung.

Wie jedoch ist ein Aussteigen aus antisemitischen Differenzkonstruktionen möglich? In einzelnen Interviews lassen sich verschiedene Wege erkennen. Als sinnvoll zeigen sich eine fragende Haltung von Pädagoginnen und Pädagogen, mit der nach einer möglichen Funktion derartiger Aussagen für die Jugendlichen gesucht wird, sowie ein anerkennungspädagogischer Umgang, mit dem die verschiedenen Erfahrungshintergründe von Jugendlichen in den Blick geraten und emanzipatorische Überlegungen im Vordergrund stehen. Zentral ist dabei ein dialogisches Vorgehen, mit dem Aussagen von Jugendlichen zur Diskussion gestellt werden.

Handlungsoptionen zeigen sich, wenn Pädagoginnen und Pädagogen in Reaktion auf antisemitische Äußerungen universalistisch argumentieren und auf diesem Wege aus der



Differenzkonstruktion aussteigen. Das zeigt sich exemplarisch, wenn eine Pädagogin in Reaktion auf die Aussage, Juden seien gierig, darauf verweist, dass das Streben nach Wohlstand ein universelles und Gier allen Menschen zu eigen ist. Eine solche universalistische Orientierung zeigt sich auch, wenn ein Pädagoge auf die Aussage, dass Juden mit der Herstellung von Coca Cola die Weltbevölkerung vergiften wollen, reagiert, indem er auf die Irrelevanz der Zugehörigkeit der Getränkehersteller verweist: Unabhängig von der Religion oder Ethnie der Hersteller wird das Getränk weltweit verkauft; vergiftete Kunden widersprechen dem Verkaufsinteresse und führen zum Bankrott der Hersteller. Im Vergleich zu oben angeführten Argumentationen begibt sich der Pädagoge hier nicht in eine Diskussion »über Juden«. Mit dem Verweis auf Wirtschaftsinteressen, die jedem Unternehmen unabhängig von der Zugehörigkeit seiner Inhaberinnen und Inhaber gemein sind, wird die antisemitische Aussage ad absurdum geführt.

Neben der Möglichkeit, universalistisch zu argumentieren, zeigt sich ein Aussteigen aus antisemitischen Differenzsetzungen auch, wenn Jugendliche auf ihre konkrete Alltagspraxis verpflichtet werden. Ideologisch überformte Aussagen werden hier mit den konkreten Alltagsanforderungen oder den Interessen von Jugendlichen konfrontiert und somit die Irrelevanz solcher Aussagen verdeutlicht. Exemplarisch zeigt sich dieses Vorgehen, wenn der Pädagoge im eben angeführten Beispiel die Jugendlichen daran erinnert, dass sie gern Coca Cola trinken, obwohl diese doch giftig sein sollte. Ob dieses Verpflichten auf die Alltagspraxis gelingt, steht primär im Zusammenhang mit einer differenzierten Wahrnehmung der mehrdimensionalen Erfahrungen von Jugendlichen. Deutlich wird dies, wenn ein Pädagoge in Reaktion auf Sympathieerklärungen mit islamistischen Selbstmordattentätern daran erinnert, dass der Jugendliche sich auf einer Reise in eine andere Stadt gerade *nicht* als Araber bezeichnet hat, sondern als »cooler Neustädter«. Er erinnert den Jugendlichen an dessen positive Bezüge in den Wohnbezirk und umgeht auf diesem Wege die als ideologisch wahrgenommenen Äußerungen. Der Pädagoge verweist darauf, dass beispielsweise die Situation in einem palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon eine völlig andere ist als in der Stadt, in der der Jugendliche lebt, und dass es doch vielmehr um den Jugendlichen selbst sowie seine Zukunft in Deutschland geht.

Die Erkenntnis, dass ein Argumentieren über »die Juden« in Reaktion auf antisemitische Äußerungen zu einer Bestätigung der zugrunde liegenden Differenzkonstruktion führen kann, führt teilweise selbst bei Pädagoginnen und Pädagogen, die schon lange zum Thema Antisemitismus arbeiten, in der Selbstreflexion zu Aha-Effekten. Es ist sinnvoll, in Fortbildungen zum pädagogischen und argumentativen Umgang mit Antisemitismus Übungseinheiten dazu einzubauen, wie es möglich ist, diese Differenzkonstruktionen generell zurückzuweisen – auch wenn es sicherlich Situationen geben kann, in denen Gegeninformationen über Jüdinnen und Juden durchaus Sinn machen.

Dr. Heike Radvan studierte Sozialpädagogik/arbeit. Sie arbeitet seit 2002 in der Amadeu Antonio Stiftung. 2009 promovierte sie zum Thema: »Pädagogisches Handeln und Antisemitismus. Eine empirische Studie zu Beobachtungs- und Interventionsformen in der offenen Jugendarbeit« an der Freien Universität Berlin. Dort ist sie auch als Lehrbeauftragte im Studiengang »European Master in Intercultural Education« tätig.

Monitoring/Medienanalyse/Fallbeispiele

»Pinkwashing« – Israel unter Verdacht

von Nina Rabuza

Als im März 2011 die Kampagne »Tel Aviv Gay Vibe – Free; Fun; Fabulous« des israelischen Ministeriums für Tourismus vorgestellt werden sollte²⁹ rief die Gruppe »Palestinian Queers for Boycott, Divestment and Sanctions« zum Protest auf: Israel versuche mit der Kampagne, von seiner Kolonialpolitik gegenüber dem palästinensischen Volk und der Besatzung Palästinas abzulenken³⁰. Die Regierung nutze die scheinbar liberale und demokratische Haltung gegenüber LSBTIs³¹ aus, um von Menschenrechtsverletzungen in den palästinensischen Gebieten abzulenken³². Israel wasche seine schmutzige Wäsche pink statt weiß.

Wegen der relativen Toleranz gegenüber LSBTIs, gilt Israel als einziger Ort im Nahen Osten, an dem Menschen mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen und Identitäten offen leben können und als Zufluchtsstätte für LSBTIs aus den palästinensischen Gebieten.³³ In der LSBTI-Szene, insbesondere außerhalb Israels, gibt es deswegen eine eher positive Einstellung gegenüber dem israelischen Staat. Dem entgegen stehen palästinasolidarische Positionen, die Homophobie und Sexismus in der palästinensischen Gesellschaft als zumindest mitverursacht durch die israelische Politik betrachten. So schreibt die Gruppe »Berlin Queers for international Solidarity with Palestine« auf ihrer Homepage: »Es kann zu keiner sexuellen Befreiung kommen, solange nicht die ganze Gesellschaft ihre Selbstbestimmung und Unabhängigkeit erlangt hat.«³⁴ Die Gruppe fordert Solidarität mit

29 Die Kampagne wurde auf der Internationalen Tourismus-Börse in Berlin im März 2011 vorgestellt.

30 »Israeli Pinkwashing Campaign to be Launched at Berlin Tourism Show in March» <http://www.alternativenews.org/english/index.php/topics/economy-of-the-occupation/3333-israeli-pinkwashing-campaign-to-be-launched-at-berlin-tourism-show-in-march->. Abgerufen am 13. 12. 11

31 Die Abkürzung »LSBTI« steht für Lesben, Schwule, Bisexuellene, Trans*- und Inter*-Menschen. Der Text folgt in dieser Begrifflichkeit der Broschüre »Menschenrechte fördern – Deutsche Unterstützung für lesbische, schwule, bisexuelle, trans* und inter* (LSBTI) Menschenrechtsarbeit im Globalen Süden und Osten«, Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin 2011. Durch den Ausdruck sollen verschiedene sexuelle Identitäten und Orientierungen sichtbar gemacht werden, insbesondere auch solche, die sich Kategorisierungen und Zuschreibungen entziehen wollen.

32 <http://www.alternativenews.org/english/index.php/topics/economy-of-the-occupation/3333-israeli-pinkwashingcampaign-to-be-launched-at-berlin-tourism-show-in-march->. Abgerufen am 13.12.11

33 »60 Jahre Israel: Die Rechte von Schwulen und Lesben in Israel« <http://www.hagalil.com/01/de/Israel.php?itemid=2196>. Abgerufen am 13.12.11. Dennoch wäre es falsch anzunehmen, in Israel gäbe es keine Homophobie und Gewalttaten gegenüber Homosexuellen.

34 »Politische Zensur beim transgeneralen CSD 2010« <http://bqisp.blogspot.com/2010/07/offener-brief-dt.html>. Abgerufen am 13.12.11



dem »Palästinensischen Freiheitskampf« aus einer queeren Perspektive: Ein wahrhaftes Eintreten für sexuelle Befreiung müsse einhergehen mit dem Kampf gegen jede Form der Unterdrückung.³⁵ Queers, die sich nicht solidarisch mit den Palästinenser_innen zeigten, fielen auf das Pinkwashing der Regierung herein und seien dem rassistischen Vorurteil des homophoben Muslims aufgesessen.³⁶ Diese Argumente finden sich längst nicht mehr nur in der sceneinternen Auseinandersetzung. Sowohl der britische Guardian als auch die amerikanische New York Post veröffentlichten unlängst Kommentare, die Israel Pinkwashing vorwarfen.³⁷

Instrumentalisierung und queere Kompliz_innenschaft

Laut dem Blog »Pinkwatching«, der die vermeintlichen Pinkwashingaktivitäten der israelischen Regierung überwacht, ist nicht nur die Tel Aviver Tourismuskampagne Teil der israelischen Pinkwashing-Strategie. Auch die Ausrichtung der WorldPride 2006 in Jerusalem oder die relativ liberale Gleichstellungspolitik gegenüber homosexuellen Partnerschaften seien Versuche der israelischen Regierung, die Gay-Community auszunutzen.³⁸

Ziel dieser Instrumentalisierung sei es zum einen, von Menschenrechtsverletzungen abzulenken, zum anderen eine Exklusion von Muslim_innen aus dem hegemonialen Diskurs

35 Ebd.

36 Ebd.

37 Vgl. hierzu: Puar, Jasbir K.: »Israel's gay propaganda war«, in: »The Guardian«, Onlineausgabe vom 1. Juli 2010. Schulmann, Sarah: »Israel and Pinkwashing«, in: »The New York Post«, Onlineausgabe vom 22. November 2011.

38 <http://www.pinkwatchingisrael.com/pinkwatch-kit/faq/>. Abgerufen am 13.12.11.

des Westens voranzutreiben. Jasbir Puar, Referenztheoretiker_in der Pinkwashing-Aktivist_innen, beschreibt diese Exklusion in Zusammenhang mit einem neuen Nationalismus seit 9/11: Im hegemonialen, westlichen Diskurs wären Schwule, Lesben und Queers vor den terroristischen Anschlägen aus dem heteronormativen Nationalismus ausgeschlossen gewesen.³⁹ Nach 9/11 wurden insbesondere in den USA LSBTIs in das nationale Narrativ eingeschlossen.⁴⁰ Diese Inklusion fasst sie unter dem Begriff »Homonationalismus«.⁴¹ Damit gehe ein diskursiver Ausschluss von Muslim_innen aus dem nationalen Kollektiv als homophob und rückständig einher.⁴² Muslim_innen seien zu den »Anderen« geworden, die es zu bekämpfen gelte.⁴³ Die Homophobie wird also durch einen islambezogenen Rassismus ersetzt, so Puars These in ihrem 2007 erschienen Buch »Terrorist Assemblages – homonationalism in queer times«.

Pinkwashing-Aktivist_innen wenden dieses Argument auf die israelische Politik an: Wie die USA bediene sich der israelische Staat des Homonationalismus, um sich als fortschrittlich und liberal darzustellen. Ziel sei es zugleich, die Palästinenser_innen und den Islam als homophob und orientalistisch rückständig zu diffamieren. LSBTIs, die sich positiv auf Israel bezögen, würden sich zu Kompliz_innen des israelischen Nationalismus machen.⁴⁴

Gay Propaganda War

Auch wenn Israel nicht im Fokus von »Terrorist Assemblages« steht, kommt Puar mehrmals auf den jüdischen Staat zu sprechen: Israel wird wahlweise als »Unterdrücker«, »brutaler Besatzer«, »Kolonialstaat« oder »Apartheidsregime« verurteilt.⁴⁵ Begründet werden ihre Einschätzungen nicht. Vielmehr operiert Puar mit einer »Hermeneutik des Verdachts«:⁴⁶ Jegliche Politik Israels diene der Delegitimierung des palästinensischen Widerstands und der Unterdrückung der palästinensischen Gesellschaft, so auch die Politik gegenüber sexuellen Minderheiten. Die Veränderung der rechtlichen Situation von LSBTI-Menschen, Unterstützung der Gay-Community oder die Thematisierung der Unterdrückung von homosexuellen Menschen in den palästinensischen Gebieten und den Staaten der Region diene Israel dazu, einen »gay propaganda war«⁴⁷ zu führen, wie Puar in »The Guardian« erklärte. Israel stelle sich als progressive und harmlose Demokratie dar und investiere Unsummen an Geld, um sich gegen seinen Ruf als imperialer Aggressor zu wehren.⁴⁸ Glück-

39 Puar, Jasbir K.: *Terrorist Assemblages – homonationalism in queer times*, Durham/London 2007, S. 39.

40 Ebd.

41 Ebd. S.40.

42 Ebd. S. 51.

43 Ebd.,

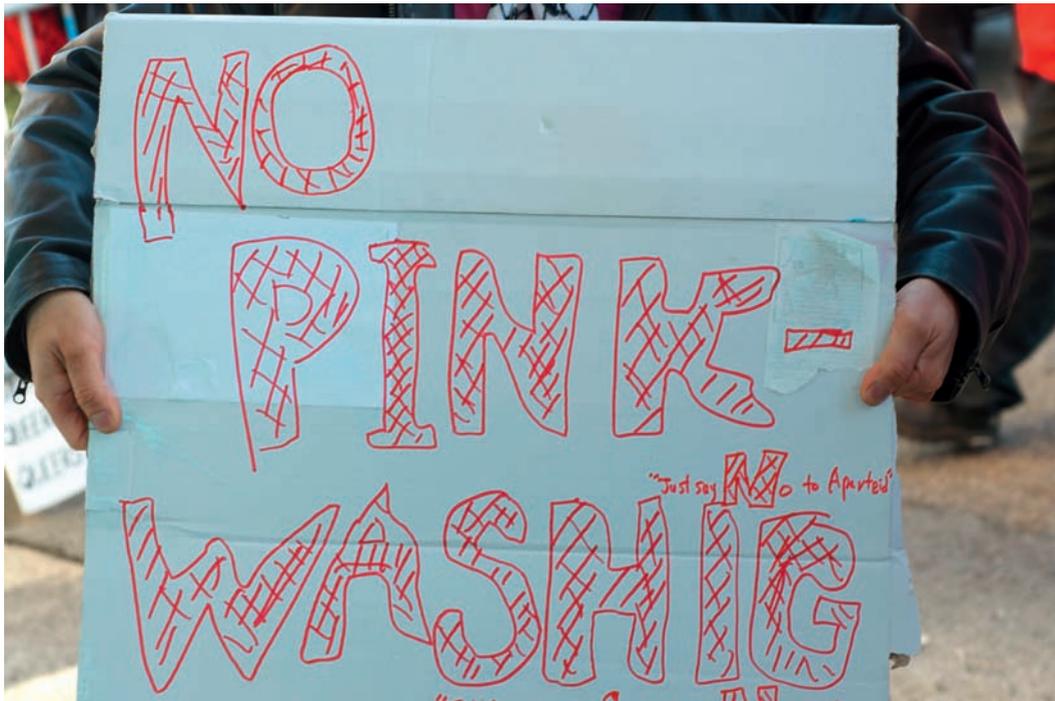
44 Ebd. S.16.

45 Ebd. S.16-18,

46 Biskamp, Floris: »Ist jihadistisch das neue schwul?«, in: *Jungle World* Nr. 49, 9. 12. 2010.

47 Puar, Jasbir K.: »Israel's gay propaganda war«, in »The Guardian«, Onlineausgabe vom 1. Juli 2010.

48 Ebd.



© flickr.com/photos/ari

licherweise werde die politische Strategie des Pinkwashing von Aktivist_innen enttarnt⁴⁹.

Puars Verdächtigungen sind verankert in einer Feindschaft gegenüber Israel, die sich vor allem in ihrer ästhetisierenden Beschreibung des Selbstmordattentats als legitime Form des Widerstands zeigt.⁵⁰ Das Urteil, bei den Attentaten handele es sich um terroristische Anschläge, weist sie als rassistisch zurück.⁵¹ Auch ihre unbegründete Unterstellung, ein israelischer Folterknecht sei während der Foltervorfälle in Abu Ghraib zugegen gewesen⁵², macht deutlich, dass diesen Vorwürfen eine Imagination von Israel als dem absoluten Feind, der für alles Schlechte verantwortlich ist und mit allen Mitteln bekämpft werden darf, zugrunde liegt.

Queerer Antisemitismus?

In Puars Anklage der israelischen Politik und den Pinkwashingvorwürfen finden sich Argumente und Vorstellungen, die anschlussfähig für antisemitische Positionen sind oder solche Implikationen beinhalten.

Die universale Verdachtshaltung kann als verwandt mit verschwörungstheoretischen Überlegungen gesehen werden. Israel wird dabei grundsätzlich unterstellt, dass sich hinter den artikulierten Interessen eigentlich Machtinteressen verbergen würden. Gegen diese Behauptung kann nicht argumentiert werden, da Gegenargumente durch den Verweis,

49 Ebd.

50 Puar, Jasbir K.: *Terrorist Assemblages*, S. 216.

51 Ebd.

52 Ebd. S.85.

man durchschaue die politischen Strategien Israels nicht, abgewehrt werden. Diese Immunisierungstaktik führt zu einer Bewertung Israels, die sich von Urteilen über andere Staaten unterscheidet: Wenn Berlin mit seiner Gay-Community Werbung macht, würde man vermutlich zunächst von mehr oder minder gelungener Standortpolitik sprechen. Israel hingegen führe einen »gay propaganda war«. Die israelische Eigenwerbung wird nach anderen Kriterien bewertet, die scheinbare, verborgene Machtpolitiken entblößen würden. Israel ist nach diesem Vorgehen immer schuldig, unabhängig von seiner realen Politik.

Das Frappierende der Thesen Puars und des Pinkwashingvorwurfs ist die Tatsache, dass zahlreiche Argumente nicht belegt werden müssen, sondern sie sich in einem Diskurs bewegen, in dem die Klassifizierungen Israels als brutale (Neo-) Kolonialmacht, Apartheidsregime oder imperialistischer Aggressor als sicheres Wissen gelten. Hier zeigt sich auch, dass es sich bei den Argumenten nicht um eigenständig queere Argumente oder gar um einen queeren Antisemitismus handelt, sondern Einschätzungen und Analysen aus der antiimperialistischen Theoriebildung übernommen werden.

Diese Attribuierungen unterstellen, Israel allein sei für die Probleme und Konflikte in der Region verantwortlich, und erklären Israel zur Inkarnation eines Feindes, für dessen Bekämpfung selbst tödliche Attentate auf die israelische Zivilbevölkerung als legitimer Widerstand ausgegeben werden. Die Kritik an solchen terroristischen Handlungen wird hingegen als rassistisch abgetan und Israel somit das Recht auf Selbstverteidigung und Schutz seiner Bevölkerung abgesprochen.

Außerdem wird durch die Unterstellung der Instrumentalisierung der LSBTI-Belange ein eigenständiges Handeln der Gay-Community in Israel, die sich für ihre Rechte eingesetzt hat, ausgeschlossen.

Zwar ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass LSBTIs rassistische Einstellungen haben können, und zu diskutieren, wie z.B. die schwulenfreundliche Politik von rechtspopulistischen Bewegungen, beispielsweise des Niederländers Geert Wilders, zu bewerten ist. Eine solche Auseinandersetzung hat jedoch zunächst nichts mit Israel zu tun. Sicherlich ist auch die Frage zu stellen, welche Verbindung zwischen Nationalismus, Herrschaft und Sexualität besteht oder ob und wie sich ein islambezogener Rassismus entwickelt hat. Allerdings muss dies unter der Prämisse geschehen, sowohl Rassismus als auch Antisemitismus zu thematisieren und eigene Zuschreibungen und Verdächtigungen zu reflektieren.

Nina Rabuza studierte Politikwissenschaft und Philosophie in Halle/ Saale und in Berlin. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Kritik des historischen und aktuellen Antisemitismus, Geschlechtertheorien und Geschichte und Gegenwart des Nationalsozialismus.



*Eine Parade, unterschiedliche Positionen
© flickr.com/photos/loozrboy*

»Israel entsetzt die Welt« – Die »Free-Gaza«-Flotte im Spiegel deutscher Tageszeitungen

An der Berichterstattung deutscher Tageszeitungen zur Aufbringung der »Free Gaza«-Flotte zeigt sich: Das Israel-Bild der Mitte ist anschlussfähig für Antisemitismus.

von Daniel Poensgen

Das Bild Israels in deutschen Wohnzimmern ist im Wesentlichen durch die Berichterstattung zum Nahostkonflikt geprägt. Für die Frage nach einem israelbezogenen Antisemitismus der Mitte kommt daher einer kritischen Medienanalyse eine große Bedeutung zu. Im Folgenden wird anhand der Berichterstattung um die gewaltsame Aufbringung der Gaza-Flotille aufgezeigt, inwiefern die Berichterstattung anschlussfähig für antisemitische Weltbilder sein kann.

Im Mai 2010 versuchten Aktivisten auf sechs Schiffen, die israelische Seeblockade des Gaza-Streifens zu durchbrechen. Bei der Aufbringung eines der Schiffe, der Mavi Marmara, starben neun der Teilnehmer der »Free Gaza«-Flotte durch die Kugeln israelischer Soldaten, weitere Aktivisten aber auch Soldaten wurden im Zuge der Auseinandersetzung verletzt. Was genau an Bord geschah, ist schwer zu rekonstruieren und soll nicht Gegenstand dieses Artikels sein – die Schwierigkeiten der Rekonstruktion der Ereignisse spiegelte sich mitunter auch wenig in der Berichterstattung wider:

»Die Schlacht ist geschlagen, und selbst wenn überall die Wellen hochgehen, zeigt sich das Meer in Aschdod ganz ruhig und glatt. Am Horizont vereint sich das blaue Wasser mit dem blauen Himmel. Dabei ist dies kein Idyll: Eigentlich müsste man eine Blutspur sehen, die sich vom offenen Meer aus in den Hafen zieht.«⁵³ Die Blutspur, die der Phantasie der Journalisten der Süddeutschen Zeitung am Tag nach der Erstürmung der Mavi Marmara entsprang, sollte in den kommenden Tagen von den wichtigsten Tageszeitungen der Bundesrepublik immer wieder nachgezogen werden. In der Berichterstattung deutscher Printmedien wird nach dem gewaltsamen Ende der »Free Gaza«-Flotte nicht nur ein sehr kritisches Bild von der Militäraktion gezeichnet – was ja erst einmal durchaus verständlich erscheint – es werden vielmehr antiisraelische Ressentiments bedient, die sogar Anknüpfungspunkte für einen offenen Antisemitismus bieten.

Vom Ressentiment ...

134 Zeitungsartikel und 14 Leserbriefe erscheinen in den zwei Wochen nach der Aufbringung in den Zeitungen Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung und die tageszeitung. Sie alle nehmen Bezug auf das »Massaker im

53 »Nieder mit Israel«, in Süddeutsche Zeitung vom 01.07.10, S. 7



Die Marvi Marmara, Hauptschiff der Gaza-Flotille
 © flickr.com/photos/freegaza/

Mittelmeer«⁵⁴. Geben die Umstände der Aufbringung der Schiffe sicherlich Anlass zur Kritik, spielt jedoch die Frage, was eigentlich an Bord der Mavi Marmara geschehen war, in der Berichterstattung lediglich am Rande eine Rolle – oder sie wird bewusst nicht gestellt: »Natürlich muss geklärt werden, was passiert ist und ob die Soldaten von oben geschossen oder aus Angst überreagiert haben. Aber entscheidend ist das nicht.«⁵⁵ Denn: »Keine Erklärung

kann das Verbrechen von Montagmorgen rechtfertigen.«⁵⁶ Hier zeigt sich beispielhaft, dass die Berichterstattung nicht nur von Kritik, sondern von Ressentiments geprägt ist. Ressentiments sind negative Zuschreibungen, die einer Reflexion und einem Abgleich mit der Realität entzogen sind. Dieses Muster wiederholt sich bei der völkerrechtlichen Einordnung des Vorfalls: Automatisch gehen zahlreiche Artikel davon aus, dass es sich bei der gewaltsamen Durchsetzung der Seeblockade des Gaza-Streifens um eine völkerrechtswidrige Aktion handelte. Lediglich zwei Artikel behandeln diese Frage jedoch direkt – sie kommen zu keinem klaren Ergebnis. Dennoch steht das Urteil bereits früh fest: Das aggressive Israel hat ein Verbrechen begangen.

Das dominierende Muster in der Darstellung Israels ist das des Aggressors. So wird Israel als »Kampfmaschine«⁵⁷ bezeichnet, die »Friedensaktivisten«⁵⁸ und einen »Hilfskonvoi«⁵⁹ angegriffen habe. Diese Zuschreibungen werden noch übertroffen, wenn der Vorfall als »Massaker«⁶⁰, »Kriegsverbrechen«⁶¹ oder »barbarischer Akt«⁶² bezeichnet wird. Fälschlicherweise wird behauptet, die israelischen Soldaten »schossen direkt in die schlafende Menge«⁶³. Selbst wenn Israelis als »Opfer« dargestellt werden – beispielsweise als Nachkommen von Shoah-Überlebenden, denen bis heute viele Feindseligkeiten entgegenschlagen – schlägt sich dies in der Mehrheit der Artikel nicht in Mitgefühl nieder. Vielmehr

54 »Schüsse aus dem Bunker«, in tageszeitung vom 1.6.10, S. 12

55 Ebd.

56 »Zwanghaft wie eine Marionette«, in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2.6.10, S. 31

57 »Blockade, welche Blockade?«, in Süddeutsche Zeitung vom 4.6.10, S. 11

58 »Gaza-Blockade soll gelockert werden«, in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.6.10, S. 6

59 »Die Empörung ist groß«, in tageszeitung vom 2.6.10, S. 3

60 z.B. in »Geplantes Massaker«, in tageszeitung vom 2.6.10, S. 11

61 »'Sicher ist, dass jemand sterben musste'«, in tageszeitung vom 1.6.10, S. 5

62 »'Dann war plötzlich Krieg'«, in Frankfurter Rundschau vom 2.6.10, S. 8

63 »Friedliche Helfer oder Armada des Hasses?«, in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1.6.10, S. 7



Inge Höger, Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, beteiligte sich an der Gaza-Flotille
© flickr.com/photos/linksfraktion

werden Israel und israelische Akteure als »zwanghaft«⁶⁴, »hypernervös«⁶⁵ und »verrückt«⁶⁶ bezeichnet. Im Land herrsche eine »Bunkermentalität«⁶⁷, es sei eine »Wagenburg«⁶⁸, die Israelis ein »Volk, das das Shoah-Trauma zum höchsten Wert erhoben hat.«⁶⁹

... zum Antisemitismus

Die eigentlichen Vorfälle auf der Mavi Marmara und den anderen Schiffen der »Free Gaza«-Flotte werden also schlicht ignoriert, übertrieben oder verfälscht und so mit einem stark negativen Israel-Bild in Einklang gebracht sowie zu dessen Fortschreibung verwendet. Auch wenn die Grenzen verschwimmen, ist diese ressentimenthafte Einstellung gegenüber dem jüdischen Staat von Antisemitismus erst einmal zu unterscheiden: Israelbezogener Antisemitismus liegt vor, wenn Aussagen über Israel doppelte Standards verwenden, Israels Existenz beispielsweise durch Dämonisierungen delegitimieren, sie NS-Vergleiche oder klassische antisemitische Stereotype beinhalten (siehe «Was ist israelbezogener Anti-

64 »Zwanghaft wie eine Marionette«, in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2.6.10, S. 31

65 »Die israelische Seite ist hypernervös«, in tageszeitung vom 1.6.10, S. 5

66 »Wut in der arabischen Welt«, in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1.6.10, S. 6

67 »Schüsse aus dem Bunker«, in tageszeitung vom 1.6.10, S. 12

68 »'Nieder mit Israel!«, in Süddeutsche Zeitung vom 1.6.10, S. 7

69 »Blockade, welche Blockade?«, in Süddeutsche Zeitung vom 4.6.10, S. 11



Protest in Israel © flickr.com/photos/dan_halutz

semitismus?, S. 7 in dieser Broschüre).

Findet sich einiges hiervon in den bereits zitierten Textpassagen, so sind klar antisemitische Aussagen in der Berichterstattung über die »Free Gaza«-Flotte 2010 doch eher die Ausnahme. Häufig wird jedoch Antisemitismus ohne Problematisierung zitiert. Dadurch werden die Unterschiede zu nicht-antisemitischer Kritik ein-

geeignet⁷⁰. Zudem werden Stereotype verwendet, die auf klassische antisemitische Stereotype verweisen, es kommt zu mehr oder weniger offenen NS-Vergleichen und schließlich werden als negativ empfundene Aspekte von Staatlichkeit auf Israel projiziert und dort im Unterschied zu anderen Staaten besonders wahrgenommen.

In Zitat wird Israel »Staatsterrorismus«⁷¹ vorgeworfen, eine israelische Abgeordnete wird mit den Worten »ein Judenstaat ist ein Staat der Apartheid per Definition«⁷² zitiert – Aussagen, die nicht nur unbegründet sind, nimmt man die verwendeten Begrifflichkeiten ernst, sondern die in letzter Konsequenz die Existenz Israels in Frage stellen: Israel wird »per Definition« zum unveränderbaren Unrechtsstaat. Gleichzeitig fällt auf, dass solche Reaktionen aus den unterschiedlichsten Ländern zitiert werden, auch aus Staaten, die mit dem Konflikt in keiner direkten Verbindung stehen, wie Malaysia, Indonesien oder Neuseeland. Hier wird explizit der Eindruck vermittelt, Israel befinde sich nicht nur in einem Konflikt mit der Türkei oder den palästinensischen Gebieten, sondern stünde »allein gegen die Welt«⁷³. Dies harmoniert auch mit Aussagen bspw. türkischer Politiker, die wiederum ohne Einordnung zitiert werden: Der türkische Ministerpräsident Erdogan wirft Israel vor, den Weltfrieden anzugreifen, der EU-Minister der Türkei fragt, warum alle Welt so viel Angst vor Israel habe. All dies verweist auf klassische antisemitische Stereotype

70 Schon die Studie »Die Nahost-Berichterstattung zur Zweiten Intifada in deutschen Printmedien, unter besonderer Berücksichtigung des Israel-Bildes« des Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung machte deutlich, wie Zitate in der Berichterstattung häufig genutzt werden, um Meinung zu machen, ohne sich angreifbar zu machen: »Deutlich wurde weiter, dass sich Journalistinnen häufig hinter Zitaten in direkter oder indirekter Rede oder/und auf Interviews zurückziehen und damit Kritik oder Sympathie stellvertretend zum Ausdruck bringen lassen (Israelis kritisieren Israelis). Negative Symbole und Zuschreibungen, die in solchen Texten vorkommen, zeitigen aber die gleichen Effekte wie Texte von Mitgliedern der Redaktionen. Diese Vorgehensweise ist vor allen Dingen dann zu beobachten, wenn die israelische Konfliktseite kritisiert wird.«, Kurzfassung, S. 30, online unter: <http://www.ajcgermany.org/atf/cf/%7B46AEE739-55DC-4914-959A-D5BC4A990F8D%7D/AJC-DISS-Studie-Kurzfassung.pdf>.

71 »Weltweit Empörung über Israel«, in Süddeutsche Zeitung vom 1.6.2010, S. 1

72 »Eine Frau, die provoziert«, in Süddeutsche Zeitung vom 4.6.10, S. 7

73 »Allein gegen die Welt«, in Süddeutsche Zeitung vom 4.6.10, S. 4

wie die des für Konflikte verantwortlichen »Brandstifters« oder der »jüdischen Weltbeherrschung«. Das in der Berichterstattung weit verbreitete Muster »Israel gegen die Welt« bestätigt zudem frappierend Klaus Holz' Theorie vom »Nationalen Antisemitismus«: Hiernach werden Juden von Antisemiten als nicht-nationale Nation wahrgenommen, die benötigt wird, um durch die Unterscheidung »Wir/ alle anderen Völker vs. Juden« das Prinzip Nation konstituieren zu können⁷⁴. Ähnlich scheint es sich mit der Wahrnehmung des Staates Israel zu verhalten.

Explizit wird Israels Existenzrecht in einem Kommentar in der taz bedroht. Hier heißt es: »Israel braucht Waffen, um existieren zu können. Was aber spricht dagegen, Waffenlieferungen an zwei Minimalforderungen zu koppeln: Die Aufhebung des Embargos gegen Gaza und den verbindlichen Stopp des Siedlungsbaus im Westjordanland«⁷⁵. NS-Vergleiche finden sich ebenfalls in zitierten, jedoch nicht kritisierten Aussagen – »Hitlers Kinder« sah die islamische regierungsnaher Yeni Safak gar am Werk«⁷⁶, »manche schimpften über den »faschistischen Staat«⁷⁷. Entsprechende Assoziationen können jedoch auch beim Leser geweckt werden, wenn in Artikeln direkt von »Deportationen«⁷⁸ oder »Verbrechen gegen die Menschlichkeit«⁷⁹ durch Israel die Rede ist – Begriffen, die in Deutschland eindeutig mit der Shoah in Verbindung gebracht werden.

Israel ist aber nicht nur Objekt von antisemitischen Aussagen, weil es ein gut sichtbares jüdisches Kollektiv ist, sondern es zieht auch aufgrund seiner Staatlichkeit Antisemitismus auf sich: Es ist für Antisemiten der »Jude unter den Staaten« (Poliakov). Dies schlägt sich in der Berichterstattung zur »Free Gaza«-Flotte nieder, wenn Israel nicht als gewöhnlicher Nationalstaat, sondern künstlich als Filiale des Militärs, »Bunker«⁸⁰ oder »Wagenburg«⁸¹ wahrgenommen wird.

Konflikte, die sich aus den drei zentralen Bestandteilen eines jeden Staates – Staatsvolk, Staatsgebiet, Staatsgewalt – ergeben, werden besonders im Falle Israels diesem zum Vorwurf gemacht und dabei unverhältnismäßig beispielsweise als »Apartheid«⁸² oder »Landraub«⁸³ deklariert. Auch die Verteidigung der Souveränität des jüdischen Staates wird kritisiert⁸⁴.

74 Vgl. Holz, Klaus: »Nationaler Antisemitismus«, Hamburg 2001: 543

75 »Schüsse aus dem Bunker«, in tageszeitung vom 1.6.10, S. 12

76 »Aus der Deckung«, in Süddeutsche Zeitung vom 2.6.10, S. 8

77 »In der Wagenburg«, in Süddeutsche Zeitung vom 2.6.10, S. 8

78 »Rückkehrer erheben schwere Vorwürfe«, in tageszeitung vom 2.6.10, S. 2

79 »Erdogans Gratwanderung«, in Frankfurter Rundschau vom 9.6.10, S. 9. Der Begriff »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« wurde erstmals 1945 im Londoner Statut des für den Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher des NS-Regimes geschaffenen Internationalen Militärgerichtshofs als Tatbestand vertraglich festgelegt.

80 »Schüsse aus dem Bunker«, in tageszeitung vom 1.6.10, S. 12

81 »In der Wagenburg«, in Süddeutsche Zeitung vom 2.6.10, S. 8

82 »Der berühmte Augenzeuge«, in Frankfurter Rundschau vom 4.6.10, S. 40

83 »Gute Gründe für Argumentationsnöte«, in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.6.2010, S. 46

84 Vgl. »Blockade, welche Blockade?«, in Süddeutsche Zeitung vom 4.6.10, S. 11



*pace invaders against antisemitism, Aufkleber der Rosa Antifa Wien
© flickr.com/photos/tocol3444766063/*

Israelbezogener Antisemitismus der Mitte

Das Israel-Bild, das deutsche Tageszeitungen der »Mitte« anlässlich der Aufbringung der »Free Gaza«-Flotte zeichnen, ist nicht nur von Kritik, sondern in erster Linie von Ressentiments geprägt, die sich als ausgesprochen anschlussfähig für antisemitische Weltbilder erweisen. Diese Beobachtungen decken sich einerseits mit Umfragen zum israelbezogenen Antisemitismus: So stimmen in einer Umfrage der Friedrich Ebert Stiftung von 2011 47,7% der befragten Deutschen der Aussage, Israel führe einen Vernichtungskrieg⁸⁵ gegen die Palästinenser, zu⁸⁶. Andererseits bestätigen sie auch theoretische Überlegungen zur modernen Judenfeindschaft: Der antisemitische Hass auf Israel ist nicht ausschließlich ein Problem von Nazis, Muslimen oder Linken, er ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen.

Daniel Poensgen (daniel.poensgen@yahoo.de) ist Sozialwissenschaftler und arbeitet vor allem zu Antisemitismus, Staatstheorie und als Bildungsreferent.

85 Der Begriff »Vernichtungskrieg« ist untrennbar mit der deutschen Kriegsführung gegen die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg verbundenen. Er bezeichnet einen Krieg, der als Ziel nicht die Niederung, sondern die Vernichtung eines ganzen Staates, Volkes oder einer Volksgruppe hat.

86 Zick, Andreas/ Küpper, Beate/ Hövermann, Andreas: »Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung«, Berlin 2011

MIT IHRER SPENDE ODER ZUSTIFTUNG UNTERSTÜTZEN SIE DIE FÖRDERUNG VON PROJEKTEN UND INITIATIVEN GEGEN RECHTE GEWALT

Seit ihrer Gründung ist es das Ziel der Amadeu Antonio Stiftung, eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Hierfür hat sie überall in Deutschland bereits über 580 lokale Initiativen und Projekte in den Bereichen demokratische Jugendkultur, Schule, Opferschutz und Opferhilfe, kommunale Netzwerke sowie Hilfsangebote für Aussteiger aus der Naziszene unterstützt. Wichtigste Aufgabe der Stiftung ist es, die Projekte über eine Förderung hinaus dauerhaft zu ermutigen, Öffentlichkeit für ihre Situation zu schaffen und sie zu vernetzen. Der Namensgeber der Stiftung, Amadeu Antonio wurde 1990 von rechten Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt, weil er eine schwarze Hautfarbe hatte. Er war eines der ersten von heute 182 Todesopfern rechtsextremer Gewalt seit dem Fall der Mauer. Die Amadeu Antonio Stiftung wird u.a. von der Freudenberg Stiftung unterstützt und arbeitet eng mit ihr zusammen. Die Stiftung ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.

Kontakt:

Amadeu Antonio Stiftung
Linienstraße 139
10115 Berlin, Germany
Telefon 030.240 886 10
Fax 030.240 886 22
info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de



Bankverbindung:

Deutsche Bank Bensheim, BLZ 509 700 04, Konto-Nr. 030331300
BIC: DEUTDEFF509, IBAN: DE 9150970004
Bitte geben Sie bei der Überweisung auch eine Adresse an,
damit eine Spendenbescheinigung zugeschickt werden kann.

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR



© flickr.com/photos/tamararaiul

Weitere Informationen über die Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung erhalten Sie unter www.amadeu-antonio-stiftung.de

Vor dem Hintergrund aktueller Debatten in Deutschland, den Entwicklungen im Nahostkonflikt und den Ergebnissen wissenschaftlicher Erhebungen zu aktuellen Formen des Antisemitismus wird deutlich, dass es im Interesse einer demokratischen Kultur und Debatte verstärkter Anstrengungen in der politischen Bildung bedarf, Orientierungswissen zur Unterscheidung von »israelbezogenem Antisemitismus« und legitimer Kritik an Israel zu bieten.

Dabei muss es zum einen darum gehen, dafür zu sensibilisieren, dass es in aktuellen Debatten zunehmend Artikulationsformen von Antisemitismus gibt, die durch ihre Formulierung als »Kritik« an israelischem Handeln vermeintliche Legitimität beanspruchen. Zum anderen muss der Verunsicherung begegnet werden, dass vermeintlich jede Kritik an Israel per se antisemitisch sei.

In unterschiedlichen Artikeln nimmt sich die Broschüre dieses Problems an und erläutert Erfahrungsansätze aus der pädagogischen Arbeit gegen israelbezogenem Antisemitismus.

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„Initiative Demokratie Stärken“.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

INITIATIVE
DEMOKRATIE
STÄRKEN